

Sozialdemokratischer Pressedienst

Druckort und Geschäftsstelle:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Süd Stadt 4193/4194



Abgabe für Verlag und Geschäftsstelle:
Berlin O 2 61, Dönhofsplatz 5
Telefon: Oststadt: Geydels

Die Zeitung ist im Selbstvertrieb.
Der Abnehmer ist nur auf Grund direkter Bestellung berechtigt. Abnahme beträgt 4 Bogen
von dem Druckort, wenn nicht anders bestimmt ist. Abnahme für alle Teile 2 Bogen.

Berlin, den 11. Nov. 1932.

Int. ins. Blatt
Soz. Geschiednis
Amsterdam

Politik der Rache.

Wie die Zwickelbrüder "sparen".

SPD. "Zweite Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung" nennt sich der am Freitag erschienene neueste Bracht-Erlass des preussischen Staatskommissars. Mit einem einzigen Federstrich werden in der preussischen Zentralverwaltung nicht weniger als 140 Referate aufgehoben, um die "geschäftliche Betätigung in den Ministerien einzuschränken, straffer zu gliedern." Alles zu dem Zweck: "Geld zu ersparen!"

Voll Bewunderung über diesen Sparsinn einer hohen kommissarischen Obrigkeit wird der brave Bürger ausrechnen, dass damit auch 140 höhere preussische Beamte entlassen worden sind. Weit gefehlt! Der amtliche preussische Pressedienst zerdrückt zunächst im linken Auge eine Träne des Kummers über die wirtschaftliche Härte und das schwere Los, das die Entlassenen und ihre Familien betroffen habe. Das rechte Auge des Kommissars erzählt aber freudestrahlend: glücklicherweise hätten nicht alle 140 höhere Beamte entlassen werden müssen. Die "Geldersparnis" beschränkt sich in der Tat nur auf 68 Personen, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden sind und 25 Referenten wechseln in ein anderes Amt und verwechseln dadurch nur den Schreibtisch. Lesen wir aber die Namen der Gebliebenen und Entlassenen, so entkleidet sich der "Sparsinn" der Herren Bracht und Papen so vollständig, dass nicht einmal ein Zwickel übrig bleibt. Nackt und kahl demaskiert und enthüllt sich der Sinn dieser Verordnung und Entlassungen als die Politik der Rache, des Parteibuches und des Klassenkampfes.

Entlassen werden fast ausschliesslich Angehörige der republikanischen Parteien, des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokraten. Entlassen sind eine ganze Zahl jener höheren Beamten, die zwar nicht das Prädikat des Akademikers tragen, aber durch ihre aussergewöhnliche Tüchtigkeit von der Weimarer Volksregierung in ihr Amt eingesetzt wurden. Im alten wilhelminischen Staat hätten sie nur mittlere Beamte werden können, trotz aller Kenntnisse, Erfahrungen und Leistungen; so, wie ja auch in der kaiserlichen Armee der befähigste und beste Soldat keine Offiziersuniform tragen konnte, wenn er nicht das "Einjährige" besass oder den Drill einer Kadettenschule hinter sich hatte. Die Republik hat dieses, auch in der Verwaltung und im Beamtenheer geltende Dreiklassen-Unrecht zugunsten des Volkes und zum Wohl des Staates beseitigt. Dem Tüchtigen war freie Bahn geschaffen. Jetzt kehren wir zurück in das unselige Zeitalter des Corpsstudenten, der Kadettenanstalt und der Bürger zweiten und dritten Ranges. Der Dreiklassenstaat ersteht wieder wie zu Wilhelms Zeiten und keine "Ersparnis" vermag den unermesslichen Schaden gutzumachen, der von den preussischen Kommissaren durch diese neueste Verordnung und durch diesen neu entfachten Klassenkampf von oben auch in der Verwaltungspraxis und im Beamtenkörper angerichtet wird. Der Studentenschmiss, das Mit-

gliedsbuch eines feudalen Korps und das Abiturientenzeugnis sollen wieder der Masstab sein und der Befähigungsnachweis für ein höheres Amt und wenn nicht die bisherigen Kommisismethoden in der Politik den Sinn der neuen Herren und der Kommissare genügend gekennzeichnet hätten, diese harmlose "Sparverordnung" lüftet den letzten Schleier.

"Fort von der Parteiwirtschaft", "fort mit dem Parteibuch" ist eins der in den Rundfunkreden des Herrn von Papen immer wiederkehrenden Schlagworte. Die neusten Entlassungen zeigen wiederum, dass sich auch hinter dieser Phrase der "autoritären und gottgewollten Staatsführung" nichts verbirgt, als krasse Parteiegoismus und das Parteibuch. Es darf keine schwarz-rot-goldne Farbe tragen, es muss schwarz-weiss-rot sein, und es öffnen sich die Türen und Tore aller Ämter. Potsdam kommt herein, Weimar fliegt hinaus, das ist der ganze Sinn des Sparens und der "Abkehr von dem Parteisystem". Wie wäre es sonst möglich, dass heute beispielsweise Männer wie Richard Woldt oder Kestenberg vom preussischen Kultusministerium auf die Strasse gesetzt werden? Die besten bürgerlichen Fachleute rühmen seit Jahr und Tag ihre Verdienste und die beste Musikkritiker eines Kestenberg raufen sich die Haare, dass ein solcher Mann der Reaktion zum Opfer gefallen ist, der für die deutsche Musik, für das deutsche Lied und für das deutsche Musik-Erleben des Volkes unvergängliche Verdienste erworben hat.

"Der Beschluss des Staatsministeriums erfasst nicht die Personalien der Hilfsarbeiter, über die durch die Fachminister Bestimmung getroffen wird", heisst es in der neuen Verordnung. Das Schicksal dieser Hilfsbeamten wird dem Wohl und Wehe der neuen Rachegötter überlassen und im Dunkel der neuen Kommissur werden sich diese "Ersparungen" vollziehen im Geiste des Parteibuches, der Charakter- und Gesinnungslosigkeit. Aus der preussischen Zentralverwaltung entsteht ein neuer Rundfunkbetrieb, dessen Segnungen das deutsche Volk mit Schauer und Abscheu täglich neu erlebt.

Wir sind die Letzten, die einem aufgeblähten Beamtenapparat das Wort reden und uns gegen Ersparnisse stemmen würden, wenn sie dem Volk und dem Steuerzahler zum Besten gereichen. Die Vereinfachung der Verwaltung in ihrer Zentrale wie in ihren einzelnen Gliedern ist bereits seit Jahr und Tag von der rechtmässigen preussischen Regierung gefordert und an vielen Orten begonnen worden; stets aber gegen den Widerstand grade jener Parteien und Herren, die jetzt "sparen" wollen, um die gesamte Verwaltung schwarz-weiss-rot anzu streichen und mit den Angehörigen und Söhnen der besitzenden Klassen zu besetzen. Die grosse Verwaltungs- und Sparreform war eins der Hauptziele der Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer. Ist es aber sparen, wenn die republikanischen Beamten in voller Arbeitskraft auf die Strasse gesetzt und Ruhegehalt abheben müssen? Ist es sparen, wenn dann hintenherum neue schwarz-weiss-rote Beamte, wie beim Rundfunk mit noch höheren Gehältern hereingeholt werden? Ist es Dienst am Volk, wenn die Gelegenheit dieser Entlassungen benutzt wird, um das preussische Wohlfahrtsministerium aufzuheben? Allerdings, für den Herrenklub, für die Grossagrarien und die Schlotbarone bedarf es keiner Beamten und keines Amtes, dessen Aufgabe es war, den Arbeitern gesunde Wohnungen und Sportplätze, den rachitischen Kindern Erholungsheime, den Invaliden und Kranken Hospitäler und Heilung zu verschaffen. Die Herrenklübler holen sich die Wohlfahrt direkt bei Herrn von Papen und seiner Regierung in Form von Milliarden subventionen.

Die neue Staatsführung hat sich im Reich wie in Preussen die Macht und die Herrschaft angemasst, mit der Begründung: "die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen". Was bis jetzt zu sehen ist und was auch die neuste "Sparmassnahme" wiederum bestätigt, das ist, dass die Herren nur Unruhe und Unordnung stiften auf allen und jedem Gebiet, dass sie nur Trümmer übriglassen und Scherben.

Stockholm, 11. November (Eig. Drahtb.)

Das Nobelpreis-Komitee der schwedischen Akademie der Wissenschaften hat den diesjährigen Nobelpreis für Chemie dem amerikanischen Chemiker und Leiter des Untersuchungslaboratoriums der General Electric Compagnie in Schenectady, Dr. Irving Langmuir, zugesprochen. Der neue Nobelpreisträger hat seine Ausbildung in Göttingen erhalten, wo er als Assistent von Professor Nernst tätig war und 1906 promovierte. Seine bahnbrechenden Forschungen bewegensich hauptsächlich auf dem Gebiete der Elektronenausstrahlung glühender Körper im Vacuum und in gasgefüllten Räumen.

Der Nobelpreis für Physik ist auch in diesem Jahre nicht ausgeteilt worden; er wurde für das nächste Jahr reserviert. Der Physikpreis des Jahres 1931 soll überhaupt nicht zur Verteilung gelangen, sondern einem Sonderfonds der physikalischen Preisgruppe zugeführt werden.

SPD. Hamburg, 11. November (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen die 40 SS-Leute aus Schleswig-Holstein vor dem Altonaer Sondergericht werden durch die Zeugenaussagen die Vorgänge in der Nacht zum 1. August 1932, in der auf Anordnung des Standartenführers und Reichstagsabgeordneten Moder an 10 Orten der Provinz Handgranatenanschläge verübt wurden immer klarer. Aber auch die politischen Motive der Taten erfahren eine gründliche Klärung. So wurde am Freitag von verschiedenen Zeugen bestätigt, dass den SS-Leuten sowohl von dem Standartenführer Moder als auch von den einzelnen Unterführern bei verschiedenen Besprechungen versichert wurde, dass durch die Ausführung der Attentate, die in ganz Deutschland vorbereitet wurden, politische Unruhen hervorgerufen werden sollten. Bei diesen Unruhen sollte dann die Reichswehr zusammen mit der SS und SA eingesetzt werden. Auf diesem Wege wollte die NSDAP zur Macht gelangen. In allen Besprechungen wurden die SS-Leute aber auch darauf hingewiesen, dass General Schleicher für diesen Plan gewonnen sei und das Vorhaben bestimmt klappen würde.

Von allergrösstem Interesse war die Vernehmung des Schiffsreeders Lohse aus Rendsburg, der bis zum 15. August 1932 der Führer des SS-Sturmbannes II/4 war. Lohse soll bei den Vorbesprechungen über die Attentate und auch seine SS-Leute vor jeder Ungesetzlichkeit gewarnt haben. Tatsächlich kamen in seinem Bezirke keine Handgranatenanschläge zur Ausführung. Lohse wurde seines Amtes enthoben. Bei den beschlagnahmten Akten befand sich ein Sonderbefehl der IV. SS-Standarte vom 15. August 1932, der von dem Führer und Reichstagsabgeordneten Moder unterzeichnet ist. Darin wird mitgeteilt, dass Lohse seiner Dienststellung enthoben und gleichzeitig aus der Liste der SS gestrichen sei. In dem Befehl wird weiter angeordnet, dass dem ehemaligen SS-Sturmführer Lohse keine Mitteilungen mehr zu machen sind und dass darüber hinaus jeder private Verkehr mit ihm abzubrechensei. Die Stürme des Sturmbannes II/4 wurden der Standarte direkt unterstellt.

In der Vernehmung, die zunächst unbeeidigt erfolgt, weigert sich Lohse, die Gründe für seine Dienstenthebung anzugeben, wie er auch bestreitet, an den Führerbesprechungen teilgenommen zu haben. Der Angeklagte Moder gibt dem Gericht die Erklärung ab, dass die Massnahme gegen Lohse nur aus "harmlosen organisatorischen Gründen" erfolgt sei.

Der als Zeuge vernommene Chauffeur des Standartenführers Moder weigert sich, irgendwelche Auskunft auf die Fragen des Vorsitzenden zu geben. Der Kriminalsekretär Christiansen-Rendsburg sagt aus, dass er auf Grund der Angaben des Angeklagten SS-Mannes Heesch einige Tage nach den Handgranatenanschlägen in dem Garten des SS-Lokals Schützenhof in Rendsburg noch weitere 9 Stielhandgranaten, drei Pistolen 0,8, Walther- und Mauserpistolen und einen grösseren Vorrat von Munition gefunden habe, die dort vergraben waren.

Anschliessend wird der Zeuge Thomsen vernommen, der sich der Staatsan-

waltschaft zur Verfügung gestellt hat, um als ehemaliges Mitglied der Altonaer SS, der er bis vor wenigen Wochen angehörte, Aussagen über die Handgranatenattentate zu machen. Ehe dieser Zeuge im Saal erschien, machte der Vorsitzende die Angeklagten darauf aufmerksam, dass bei den geringsten Störungen während der Vernehmung von Thomsen sofort polizeiliche Massnahmen ergriffen würden. Weiter ordnete er an, dass während der Vernehmung zu beiden Seiten des Zeugentisches Polizeibeamte postierten, um eventuelle Ausschreitungen der angeklagten SS-Leute gegen ihre früheren Kameraden zu verhindern. Diese Massnahme wird aber wieder rückgängig gemacht, als der Naziverteidiger Freisler und der Standartenführer Moder für eine reibungslose Durchführung der Verhandlung die Garantie übernehmen. Der Zeuge Thomsen bittet zunächst das Gericht, etwas über die Motive seiner Aussagen, die er aus genauester Kenntnis der Dinge mache, sagen zu dürfen. Er führte aus: "Von 1921 bis 1926 gehörte ich zum Freikorps Rossbach und kam dann zur NSDAP und zur SS. Hier erlebte ich aber gleich zu Anfang Enttäuschungen über Enttäuschungen. Die Arbeiter wurden immer nur als Stimmvieh behandelt und Standartenführer Moder erklärte selbst einmal: die Handarbeiter sind nicht fähig zum Führen. Sie müssen nur gehorchen." Die SS- und die SA-Leute mussten immer die Kastanien aus dem Feuer holen und sich die Knochen kaputtschlagen lassen, während die Führer sich im Hintergrunde zu halten wussten. (An dieser Stelle unterbricht der nationalsozialistische Verteidiger den Zeugen und macht das Gericht darauf aufmerksam, dass diese Dinge nicht zur Verhandlung standen.) Das Gericht bittet den Zeugen aber, fortzufahren. Er weist dann weiter darauf hin, dass in der ganzen nationalsozialistischen Bewegung eine Bonzenwirtschaft allerschlimmster Art herrsche, die nicht mehr zu beseitigen sei. Er selbst habe mit zahlreichen Beschwerden über Misstände gar nichts erreicht. Aus diesem Grunde habe er sich entschlossen, restlos die Wahrheit zu sagen. Inzwischen sei er auch aus der SS ausgeschlossen worden. Einer anderen politischen Partei gehöre er nicht an. Er wolle von der Politik nichts mehr wissen.

In seinen sachlichen Angaben berichtet der Zeuge über die Vorbesprechung für das Attentat auf ein kommunistisches Parteilokal in Altona und über das nicht zur Ausführung gekommene Attentat auf das Altonaer Gewerkschaftshaus. Er nennt die Täter, die ihm selbst nach der Tat von dem Verlaufe des Handgranatenanschlages erzählt hätten, und berichtet weiter, dass ihm der SS-Mann Clausen erzählt habe, dass er von dem Standartenführer Moder den Auftrag bekommen habe, einen KPD- und einen SPD-Führer zu erschiessen.

Nach diesen Bekundungen, die im Gerichtssaal mit allergrösster Aufmerksamkeit aufgenommen wurden, schloss die Freitagverhandlung ab. Am Sonnabend wird mit der Vernehmung der von der Staatsanwaltschaft geladenen weiteren Zeugen fortgefahren.

SPD. Karlsruhe, 11. November (Eig. Dr.)

Die badische Regierung hat am Freitag den Text des Konkordats veröffentlicht, das sie mit der katholischen Kirche in Rom abgeschlossen hat und das nun dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt wird. Das Konkordat enthält 12 Artikel, in denen insbesondere Organisation fragen der katholischen Kirche geregelt und festgelegt werden. An den zurzeit des Vertragsabschlusses in Baden geltenden Rechtszuständen wird durch den Vertrag nichts geändert.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat beschlossen, sich bei der Beschlussfassung über das Konkordat der Stimme zu enthalten. Die Fraktion begründet ihre Haltung in folgender Erklärung: "Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am Freitag, den 11. November zur Frage der demnächst dem Landtag vorgelegten Konkordate Stellung genommen. Da mit der evangelischen Kirche die Verhandlungen noch schweben, lag der Beratung lediglich der Entwurf mit der katholischen Kirche zugrunde. Nach eingehender sachlich geführter Bera-

tung wurde von der Landtagsfraktion einmütig anerkannt, dass auch jetzt noch der am 24. Oktober gefasste Beschluss des Parteiausschusses zusammen mit der Landtagsfraktion für sie bindend ist. Jener Beschluss ging dahin, dass die Landtagsfraktion dem Konkordat die Zustimmung versagen soll. Ausdrückliche Ablehnung war also nicht verlangt worden. Wenn auch anerkannt werden muss, dass der Inhalt des Konkordats die Staatsinteressen berücksichtigt, so war doch die Fraktion verpflichtet, den genannten Beschluss einzuhalten. Seit die Sozialdemokratische Partei massgebend an der Regierung beteiligt ist, hat sie gegenüber Klerusfragen einen neutralen Standpunkt eingenommen. Sie glaubt gegenüber dem vorliegenden Konkordat die bisher eingenommene Haltung beibehalten zu sollen und hat deshalb beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Konkordat der Stimme zu enthalten."

SPD. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hatte am Freitagvormittag eine Besprechung mit dem Reichskommissar für Preussen und Herrn von Papen über die Ausführung des Leipziger Urteils. Diese Unterredung hat nicht zu einem Ergebnis geführt. Sie soll in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Am Donnerstag war bei den Reichsratsvertretern der Länder allgemein die Hoffnung verbreitet, dass bis zum Sonnabend über die loyale Ausführung des Leipziger Urteils für die Reichsregierung eine Verständigung herbeigeführt sein würde, mit der Preussen sich zufrieden geben könnte. Diese Hoffnungen haben sich als irrig erwiesen. Es ergibt sich daraus, dass die Barone gegenüber den berechtigten Forderungen der rechtmässigen preussischen Staatsregierung nach Wiedergutmachung und Amtseinsetzung nicht nachzugeben gedenken; dass sie vielmehr die wirkliche Ausführung des Leipziger Urteils zum mindesten weiter hinauszögern wollen. Herr von Papen wird zunächst seine Reise in die Länder antreten. Das ergibt abermals eine Woche, in der das Leipziger Urteil nicht ausgeführt wird!

SPD. Breslau, 11. November (Eig. Drahtb.)
Im Reichenbacher Attentatsprozess wurde am Freitag gegen 19 Uhr das mit grosser Spannung erwartete Urteil gefällt. Es wurden verurteilt der Angeklagte Polomski wegen versuchten Verbrechens gegen § 5 des Sprengstoffgesetzes und wegen versuchten Mordes zu einem Jahr Zuchthaus und der Angeklagte Wagner wegen versuchten Verbrechens gegen § 5 und wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes, wegen versuchten Mordes sowie wegen Vergehens gegen § 1 der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 zu fünf Jahren einer Woche Zuchthaus. Ferner wurden verurteilt der Angeklagte Heines wegen Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis und die Angeklagten Hayn, Staats und Rauscher ebenfalls wegen Begünstigung zu je vier Monaten Gefängnis. Gegen den Angeklagten Wolter erkannte das Sondergericht auf Freispruch.

Heines bekam nach seiner Verurteilung wieder einen seiner bekannten Tobsuchtsanfälle. Er schrie in den Saal, er sei Mitglied des Ausschusses für Volksrechte und protestiere gegen dieses Urteil, das null und nichtig sei. Der Staatsanwalt erhob sofort gegen das unerhörte Auftreten des hysterischen Naziterroristen Einspruch und beantragte eine weitere Haftstrafe gegen Heines wegen Ungebühr vor Gericht.

SPD. Stuttgart, 11. November (Eig. Dr.)

Eine gross aufgezogene Gerichtsaktion gegen den früheren Kapitanleutnant Klotz und einige Reichsbannermitglieder ist jetzt ziemlich kläglich ausgegangen.

Klotz hielt am 23. April in dem württembergischen Orte Herbrechtingen eine Versammlung ab, der auch eine Anzahl Nationalsozialisten beiwohnte. Am Schluss der Versammlung wurde die falsche Nachricht bekannt, dass Otto Wels, der am Tage zuvor von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Ley überfallen und misshandelt worden war, seinen Verwundungen erlegen sei. Darauf erhoben sich alle Versammlungsteilnehmer von ihren Sitzen bis auf vier Nationalsozialisten, die an einem besonderen Tisch sassen. Hierüber entstand erklärlicherweise eine grosse Erregung, es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen und Klotz nebst zwei Reichsbannerleuten und einem Lehrer, der die Versammlung geleitet hatte, wurde unter Anklage wegen Misshandlung, Körperverletzung usw. gestellt. Die Untersuchung zog sich sehr lange hin, das Verfahren wurde sogar schon einmal eingestellt, dann aber wieder aufgenommen und jetzt musste das Schöffengericht in Ellwangen sich in einer siebenstündigen Verhandlung damit beschäftigen. Es ergab sich dabei, dass die Klotz und seine Freunde belastenden Zeugen ihre in der Voruntersuchung gemachten Aussagen teilweise nicht aufrecht erhalten konnten und was noch übrig blieb, fast eine Lappalie war. Das Urteil lautete daher für Klotz auf 50 Mark Geldstrafe, einen Reichsbannermann 15 Mark Geldstrafe, während die beiden anderen Angeklagten freigesprochen wurden.

SPD. Essen, 11. November (Eig. Drahtb)

Die Essener Bank, deren Kunden vorzugsweise dem Mittelstand angehören, musste, nachdem sie erst im Februar durch Reichshilfe und mit Mitteln der Preussenkasse saniert worden war, am Freitag erneut ihre Schalter schliessen. Der neue Verlust beträgt etwa 1,8 Millionen Mark.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag drei Anträge auf Einsetzung von Untersuchungs-Ausschüssen eingereicht. Sie besagen

Auf Grund des Artikels 25 der preussischen Verfassung wird ein Untersuchungs-Ausschuss von 29 Mitgliedern eingesetzt, der den Auftrag hat, die Vorbereitungen, Zusammenhänge und Methoden zu untersuchen, die bei der Einsetzung des Reichskommissars in Preussen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wirksam geworden sind.

Es wird ein Untersuchungs-Ausschuss von 29 Mitgliedern auf Grund des Artikels 25 der preussischen Verfassung eingesetzt. Der Ausschuss wird beauftragt, zu untersuchen, nach welchen Grundsätzen die Personalpolitik des Reichskommissars in Preussen allgemein betrieben wird, nach welchen Gesichtspunkten im einzelnen er Versetzungen, Abberufungen, Beurlaubungen und Versetzungen von Beamten in den einstweiligen Ruhestand sowie Beförderungen und Ernennungen durchführt.

In einem dritten Antrag verweist die Sozialdemokratische Fraktion auf den vom Untersuchungs-Ausschuss zur Prüfung der über die preussische Polizei gemachten Beschwerden gefassten Beschluss, dass die äusserlich erkennbare Verantwortung für die verfassungswidrig erfolgte Durchsuchung von Räumen des Reichstags und von Schränken der Abgeordneten der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums, Regierungsrat v. Werder trage. Der gleiche Beamte, dessen Handeln Reichskommissar und Landtag gleichermaßen als verfassungswidrig ansähen, sei wenige Wochen nach dieser Amtshand-

lung zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Bielefeld ernannt worden. Die Fraktion verlangt vom Landtag folgende Feststellung: "Die Voraussetzung zur Erhaltung von Sicherheit und Ordnung, zu deren angeblich notwendiger Wiederherstellung der Reichskommissar eingesetzt worden ist, ist die Achtung vor der Verfassung und ihre sorgfältige Beachtung. Die Beförderung eines Beamten, der verfassungswidrig gehandelt hat und seine Betrauung mit der Leitung eines hohen Amtes widerspricht aufs Schärfste dem Auftrag, zu dessen Durchführung der Reichskommissar vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eingesetzt worden ist."

SPD. Paris, 11. November (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Herriot hatte am Freitag mit dem Finanzminister Germain Martin eine Unterredung über die am 15. Dezember fällige Schuldenzahlung an Amerika, die sich auf etwas über 19 Millionen Dollar beläuft. Nach der Unterredung teilte der Finanzminister der Presse mit, dass die Regierung diplomatische Verhandlungen eingeleitet habe, über die aus Gründen der internationalen Höflichkeit absolute Zurückhaltung und Diskretion beobachtet werden müsse. Es besteht aber nach zuverlässigen Informationen kein Zweifel darüber, dass in der Unterredung beschlossen worden ist, die am 15. Dezember fällige Rate nicht zu bezahlen und an Amerika einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Am Vormittag hatte bereits der "Paris Midi" aus Washington gemeldet, der Finanzattaché der französischen Botschaft habe von der Regierung Anweisungen erhalten, dass sofort die Eröffnung von Verhandlungen über die Kriegsschulden und bis zu deren Abschluss ein Zahlungsaufschub beantragt werden solle. Die dafür angegebenen Gründe, so heisst es in der Meldung des Blattes, rechtfertigten sich von selbst, da Frankreich in Lausanne gemäss dem Wunsche Amerikas in eine Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen eingewilligt habe, die praktisch einer Annullierung gleichkomme. Die Haltung des amerikanischen Kongresses bleibe noch sehr zweifelhaft. In gut informierten Kreisen in Washington sei man der Meinung, dass, wenn Frankreich keinen Zahlungsaufschub erhalte, es seinen Verpflichtungen nachkommen werde. Aber da der englische Schritt einen sehr dringlichen Charakter habe und niemand in Amerika daran interessiert sei, dass das englische Pfund weiter falle, glaubt man, dass der Kongress dem englischen Antrag entsprechen und dann natürlich auch Frankreich nicht unterschiedlich behandeln werde.

Die "Liberté" teilt mit, dass der französische Botschafter in Washington am Sonnabend einen weiteren Schritt bei der amerikanischen Regierung unternehmen soll.

* SPD. Von der Entrepublikanisierungsaktion der preussischen Zwickel-Kommissare werden 68 höhere Beamte betroffen, darunter etwa ein Viertel Sozialdemokraten. Die übrigen Opfer der kommissarischen Sparpolitik sind durchweg Mitglieder der Zentrums- und der Staatspartei.

Von den in den einstweiligen Ruhestand versetzten höheren sozialdemokratischen Beamten nennen wir: Ministerialdirektor Meyer vom Wohlfahrtsministerium, Ministerialrat Tejessy vom Handelsministerium, die Ministerialräte Dr. Gaerde, Kestenberg, Seelig und Woldt vom Kultusministerium und die Ministerialräte Abramowitz, Hirschfeld und Emil Kirmschmann vom Innenministerium.

SPD. Paris, 11. November (Eig. Drahtb.)

Der Waffenstillstandstag wurde in Frankreich in der üblichen Weise begangen. Die offizielle Feier fand am Vormittag in Paris vor dem Triumphbogen statt. Sie wurde mit der Minute des Schweigens eingeleitet, während der sich die um das Grab des unbekannten Soldaten aufgestellten Fahnen der aufgelösten Regimenter senkten. Dann nahm der Präsident der Republik umgeben von den drei Ministern der Landesverteidigung eine Parade der Truppen der Pariser Garnison ab. Im Anschluss daran legten zahlreiche Kriegsteilnehmerabordnungen Kränze an dem Grab nieder.

Die Sozialisten veranstalteten um drei Uhr nachmittags eine grosse Friedenskundgebung vor dem Pantheon, in dem die Leiche von Jean Jaurès ruht. Vorher hatte eine Abordnung einen Kranz an dem Sarg niedergelegt. Etwa 20 000 Sozialisten füllten den weiten Platz. Von der Treppe des Pantheons hielten der Abgeordnete Blanche und der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, kurze Ansprachen, in denen sie dem entschlossenen Willen der Arbeiterschaft, für Frieden und Abrüstung zu kämpfen, Ausdruck gaben. Mit dem Gesang der Internationale schloss die Kundgebung.

Auf dem Heimweg kam es zu einigen Zusammenstößen mit der Polizei. Einzelne Gruppen zogen geschlossen nach Hause, was von dem Innenminister am Vortage verboten worden war. Ihnen stellten sich Polizeiketten entgegen. Die Beamten versuchten, die Züge auseinanderzutreiben. Die letzten Gruppen waren gleich in der Nähe des Pantheons von der Polizei abgeriegelt worden. Die Sozialisten wehrten sich gegen die, wie immer in Paris, brutal vorgehenden Polizeibeamten und so entstand ein Handgemenge, bei dem einige Sozialisten mit Gummiknüppeln geschlagen wurden. Die Ruhe konnte aber schnell wiederhergestellt werden. Die Teilnehmer gingen dann einzeln nach Hause. Die ersten Gruppen war bis zur Rue de Rivoli gelangt, wo ihnen ein starkes Polizeiaufgebot entgegenkam. Hier kam es zu einer ersten Schlägerei, bei der etwa 40 Sozialisten verwundet wurden. Zwei Demonstranten wurden verhaftet, nach kurzer Zeit aber wieder freigelassen.

Inzwischen hatte sich auf dem Boulevard Saint-Michel eine Gruppe von Royalisten gesammelt, mit eisenbeschlagenen Stöcken versehen, um eine Gegenkundgebung zu veranstalten. Sie zogen geschlossen unter dem im Takt wiederholten Ruf "Hoch lebe Frankreich" zum Pantheon und fielen ohne jeden Anlass über einzelne von dort zurückkehrende Sozialisten her, die sie mit ihren Stöcken bearbeiteten. Diese setzten sich energisch zur Wehr und schlugen einigen Royalisten die Köpfe blutig.

SPD. Euskirchen, 11. November (Eig. Dr.)

In Euskirchen überfiel eine 30 bis 40 Mann starke Nazibande eine Gruppe von sieben Reichsbannerleuten. Drei Reichsbannerleute wurden erheblich verwundet. Ein Nazimann schlug einem Jungreichsbannermann die Brille in die Augen.

SPD. Frankfurt/M., 11. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Strafkammer des Frankfurter Landgerichtes verurteilte am Freitag den Nazimann Riester wegen Raufhandel zu fünf Monaten Gefängnis. Wie dieser "Raufhandel" aussah, zeigte die zweitägige Verhandlung.

Der 47jährige Schlosser Franz Braun, Führer der Eisernen Front Frankfurt-Bockenheim, wurde im Mai dieses Jahres von 5 Nazis von seinem Fahrrad heruntergeschlagen und durch die 21jährige SA-Bestie Riester mit einer Zaunlatte am Kopf schwer verletzt. Ein Schädelknochen wurde zertrümmert, Knochen-

splitter mussten aus dem Gehirn entfernt werden. Noch heute, nach einem halben Jahre, leidet Braun an Reizepilepsie, kann, wie der Gerichtspsychiater vortrug, ausser Ja und Nein und einigen Worten nicht mehr reden. Er kann nicht mehr schreiben und verlor die Buchstabierfähigkeit. Er kann sich nur durch Gesten verständlich machen und ist vollkommen erwerbsunfähig.

In der Verhandlung gab der feige Rohling zu, den Sozialdemokraten Braun mit einer Zaunlatte auf den Kopf geschlagen zu haben, es sei aber "in Notwehr" geschehen. Da er die Latte aus 70 Meter Entfernung geholt und den Verletzten verfolgt hatte, war diese Ausrede ohne weiteres widerlegt.

Der Staatsanwalt wies daraufhin, dass der Angeklagte mit heiterer Gleichgültigkeit der Verhandlung gefolgt sei und beantragte drei Jahre Gefängnis und sofortigen Haftbefehl. Der Angeklagte begann nun zu weinen, beruhigte sich jedoch bald, als das Gericht ihn lediglich wegen Raufhandels zu 5 Monaten Gefängnis verurteilte. Lächelnd verliess der SA-Mann, von seinen Parteifreunden beglückwünscht, den Gerichtssaal. Dieses Urteil angesichts einer solchen Tat ist geradezu ein billiger Jagdschein für Nazibestien gegen Republikaner.

SPD. Genf, 11. November (Eig. Drahtb.)

Das Genfer Gericht hat am Freitag-Nachmittag den Antrag auf Freilassung des Sozialistenführers Nicole wegen des kriminellen Charakters seines Vergehens abgelehnt. Der Generalstaatsanwalt und der Vorsitzende wollten Nicole in heftigen Ausfällen die Verantwortung für die Opfer des 9. November aufladen, wogegen sich Nicole energisch verwahrte. Er bestritt auch jede andere ihm zur Last gelegte Äusserung.

Die Regierung des Kantons Waadland in Lausanne hat am Freitag-Nachmittag den Stab und die dritte Eskadron des berühmten Kavallerieregiments mobilisiert, das fast ausschliesslich aus Bauernsöhnen besteht und schon zweimal seit Kriegsende sich als bestes Klassenkampfinstrument gegen Arbeiter industrieller Gebiete bewährt hat. Die Konzentration dieser Kavallerie erfolgt in Morges, eine Stunde von Lausanne nach Genf zu. Die Vermutung liegt nahe, dass sie weniger für die geringen Unruhen in Lausanne selbst als zur Verwendung in Genf am Sonnabend, dem Beerdigungstag der Opfer erfolgt ist. In Genf selbst ist bisher noch keine Mobilisierung der alarmierten Milizangehörigen befohlen worden.

In einem zweiten Aufruf brandmarkt am Freitag die Gesamtpartei der Sozialdemokratie der Schweiz das grausige Verbrechen einer korrupten Bourgeoisie, die aus Angst vor den Anklagen und aus Rache blutjunge Rekruten auf die Genfer Arbeiterschaft habe schiessen lassen. Die ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes, der dadurch bedingt sei, falle der Bourgeoisie zur Last. Schärf wird gegen die Verhängung der Militärgerichtsbarkeit über die Zivilbevölkerung, die Truppenalarmierung und das Versammlungsverbot unter freiem Himmel protestiert. Die Arbeiter werden schliesslich zu disziplinierten Protestversammlungen in geschlossenen Sälen aufgerufen.

SPD. Auf dem am Sonntag beginnenden Parteitag der Österreichischen Sozialdemokratie wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe vertreten sein.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören
Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Die Dichter des Tages.

Die Dichter des Tages.

Der Nobelpreisträger John Galsworthy - Die Kleistpreis-Autoren Else Lasker-Schüler und Richard Billinger.

SPD. Der Nobel-Literaturpreis gilt heute in Europa nicht nur für den höchsten Orden, den die europäische Kultur-Menschheit zu verleihen hat, sondern er gilt auch vor allem für eine besondere Auszeichnung des Volkes, dem der Preisgekrönte angehört. Unter den Kandidaten zum diesjährigen Nobelpreis wurden in erster Linie englische und russische Schriftsteller genannt. Man hat Galsworthy den Preis gegeben (er folgt damit den Briten Kipling, Yeats und Shaw) - obschon jener grosse Teil der Menschheit, der heut noch andere Sorgen als ästhetische hat, sich gefreut haben würde, wenn man einmal in Stockholm durch die Ehrung des Amerikaners Upton Sinclair oder des Russen Maxim Gorki Verständnis für die sozialen Probleme der Zeit und ihre literarischen Gestalter gefunden hätte.

Galsworthys Theater hat in Deutschland keinen allzu starken Eindruck hinterlassen. Seine Romane fanden zwar eine sehr grosse Leserschaft; aber es ist noch nicht entschieden, ob nicht die Wirkung der "Forsyte Saga" mehr in die Breite als in die Tiefe ging. Die Kritik, die hier am Bürgertum geübt wird, ist die Kritik eines skeptischen, besinnlichen, humanen und ironischen Mannes, der doch absolut genussfreudiger Bürger ist und unserem Leben keinen exakten Willen entgegenzusetzen hat. So ordnet sich sein Werk in die Literatur der Melancholie und der unverbindlichen Anklage ein. Den Besinnlichkeiten, mit denen sein Werk durchsetzt ist, fehlt jene Präzision, die schon eine neue Ordnung in Umrissen zeigt. Sein oberster in der Forsyte Saga verkündeter Moralsatz: "Wer kein Optimist ist, der ist kein patriotischer Engländer" zeigt seine nationale Beschränkung.

Der Kleistpreis ist ursprünglich gegründet worden, um jungen, noch nicht durchgesetzten Dramatikern ein öffentliches Echo zu geben, das die zeitgenössische Bühne auf sie aufmerksam macht. Dieses Ziel ist vom Gremium zur Verteilung des Kleistpreises in den letzten Jahren nach zwei Seiten hin erweitert worden: man zögert auch die jungen Epiker in den Kreis der Kleistpreiskandidaten - aus der richtigen Erkenntnis heraus, dass der Roman, nicht das Drama im Zentrum der heutigen Literatur steht. Ausserdem wählte man auch Schriftsteller, die nicht mehr am Anfang ihrer Bahn stehen, wenn diese Schriftsteller nach Ansicht des Kleistpreis-Kuratoriums bisher nicht die Würdigung gefunden hatten, die ihnen gebührt.

Dies ist wohl der Fall der Else Lasker-Schüler. Es ist ihr von Herzen zu gönnen, dass einmal von autoritativer Stelle auf ihr grosses lyrisches Werk hingewiesen wird. Und es wäre ihr von ganzem Herzen zu gönnen, wenn dieser Hinweis ihr etwas die materiellen Sorgen abnehmen würde, mit denen sie ein grosser, gütiger Mensch, der ein besseres Schicksal verdiente - seit vielen, vielen Jahren zu kämpfen hat. Sie ist vor 56 Jahren - "in Theben (Aegypten) geboren" - wenn sie auch "in Elberfeld zur Welt kam". Aus Theben und Elberfeld bestehen ihre Bücher, die sowohl Schornsteine im Wuppertal, als auch orientalische Mächte malen. Und oft genug bekommt bei ihr das Wuppertal einen orientalischen Schimmer.

Von dem Lyriker Richard Billinger, Abkömmling eines salzburgischen Bauerngeschlechts, hörte eine grössere Öffentlichkeit zum ersten Mal, als vor acht Jahren, im Jahre 1924, der damals dreissigjährige Dichter für seinen ersten Gedichtband "Sichel am Himmel" den Preis der Stadt Wien bekam. Aber damals empfahl der Poet sich mit diesem Preise nur dem sehr kleinen Kreis der Menschen, die heute noch Gedichte lesen. Vor etwa zwei Jahren wurde in München Richard Billingers "Rauhnacht" aufgeführt. Der Schauspieler Werner Krauss, der dieses Stück sah, entdeckte hier eine gute Rolle für sich und brachte die "Rauhnacht" ans Berliner "Staatstheater". Die Aufführung wurde für den jungen Dramatiker ein ganz besonderer Publikums- und Presse-Erfolg. In diesem Jahr führte die bauerliche Schulthes-Bühne Rottach-Egern am Tegernsee Billingers "Verlöbniß" auf, das er direkt für diese Bühne geschrieben hatte. In den beiden Stücken, die man bisher von Billinger kennt, hat man den Charakter seiner Art. Sie lässt sich am besten umschreiben als eine Verbindung von kolportagehafter Blutrünstigkeit, Brutalität, Theatralik und zartester, keusche=stef Liebesmystik.

Dr.L.M.

+ + +

BVG-Sabotage: 5 Jahre Zuchthaus! Das Berliner Sondergericht (Vorsitzens der Landgerichtsrat Tolk) verurteilte am Freitag die beiden erwerbslosen kommunistischen Tiefbauarbeiter Weidemüller und Gröner wegen Transportgefährdung zu je 2½ Jahren Zuchthaus. (Antrag des Staatsanwalts je 3 Jahre Zuchthaus). Die erste Verhandlung gegen die Angeklagten fand am Dienstag statt, musste aber wegen beantragter Hinzuziehung eines Sachverständigen vertagt werden. Die Beweisaufnahme hatte ergeben, dass die Angeklagten am 4. November in der Greifswalderstrasse kleine Mosaiksteine in die Schienen der Strassenbahn gelegt haben. Die Verteidigung zweifelte, ob hier wirklich eine Transportgefährdung vorliege. Der eine der beiden Angeklagten erklärte, er habe nur die Absicht gehabt, den Verkehr zu "erschweren". Landgerichtsdirektor Tolk meinte jedoch in seiner Urteilsbegründung, dass die Angeklagten von Glück reden könnten, dass die Tat rechtzeitig entdeckt und so grösseres Unglück verhütet worden sei.

Am Freitag hatten sich vor der Tolkkammer auch zwei Nationalsozialisten wegen Verkehrssabotage zu verantworten. Die Verhandlungen wurden jedoch nicht abgeschlossen. Die beiden Angeklagten - der 21jährige Kaufmann Hans Brandt und der 23jährige Maschinenbauer Wolfgang Lehnhardt - haben Weichen der Strassenbahngleise mit Zement ausgegossen. Polizeibeamte, die die Täter verhaften wollten, wurden aus dem Auto, das die Nationalsozialisten zur Flucht benutzten, beschossen. Der Plan zu dem Anschlag wurde nach den Angaben von Brandt in einer nationalsozialistischen Versammlung in Schönholz ausgeheckt. Ein Zeuge von Witzleben hatte seinen Wagen zur Verfügung gestellt; wegen des dringenden Verdachts der Teilnahme wurde er nicht vereidigt. Der Tatbestand schien dem Gericht an sich klar; unklar blieb hingegen, welche Art von Zement bei dem Anschlag benutzt wurde. Das Gericht hörte von dem Sachverständigen, dass dünnflüssiger Zement verlaufe, während dickflüssiger rasch hart werde und so die Entgleisung eines Wagenzuges zur Folge haben könne. Da nur im ersten Falle das Verbrechen der Transportgefährdung als vorliegend erachtet werden kann, sollen weitere Ermittlungen vorgenommen werden. Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt.

Ausserdem hatte sich der 41jährige Kutscher Ernst William, der am 4. November auf dem Kurfürstendamm in einen leer stehenden Strassenbahnwagen sein Fahrradschloss warf, zu verantworten. Es wurde eine Scheibe zertrümmert; anderer Schaden entstand nicht. Der Angeklagte, ein kränklicher, leicht erregbarer Mensch, gab als Motiv seiner Tat an, er habe sich über die Streikbrecher geärgert; er wüsste, was Hunger bedeute: seine Rente von 86 Mark sei

auf 65 Mark gekürzt worden; ausserdem müsse er über 1 000 Mark Krankengeld an den Magistrat abzahlen. Der Verteidiger verlangte für den Angeklagten den Schutz des § 51 oder zu mindest die gerichtliche Ueberzeugung, dass Williams bei seiner Tat nicht das Bewusstsein, einen Transport zu gefährden, gehabt haben könne. Die Verhandlung wurde unterbrochen; es soll noch ein medizinischer Sachverständiger gehört werden.

+ + +
Typhus-Epidemie! Die seit einigen Wochen in der bulgarischen Hauptstadt Sofia grassierende Typhus-Epidemie hat in den letzten Tagen in beängstigender Weise um sich gegriffen. Zurzeit liegen über 500 Schwerkranke in den Krankenhäusern, zu denen täglich 10 bis 20 neue Fälle hinzukommen. Die Stadt Sofia hat einen Kredit von einer Million zur Bekämpfung der Seuche zur Verfügung gestellt.

+ + +
1200 Tote! Die Unwetterkatastrophe auf Kuba hat insgesamt mehr als 1200 Tote gefordert. Mit mehr als 200 Meilen Stundengeschwindigkeit raste der Zyklon - innerhalb 6 Wochen der zweite - über die Insel hinweg. Die Springflut an der Küste brachte die schützenden Dämme zum Bersten. Die Fluten ergossen sich in die Städte; viele Bewohner ertranken oder wurden von den einstürzenden Gebäuden erschlagen. Wie auf Jamaica, das von dem Tornado vorher heimgesucht wurde, ein grosser Teil der Bananenernte vernichtet wurde, so wurde auf Kuba ein wesentlicher Teil der Zucker- und Tabakernte zerstört.

In und bei New-York ist die Unwetterkatastrophe ebenfalls verspürt worden. Hoher Seegang gefährdete in wiederholten Fällen Menschenleben; ganze Strassenzüge, insbesondere viele Kellergeschosse standen unter Wasser; ausserdem wurden zahlreiche Sommerhäuser und Wohnlauben fortgeschwemmt. Die Polizei ist in New-York während des Unwetters 140 mal alarmiert worden.

+ + +
Kindertragödie. In Köln verschluckte ein eineinhalbjähriges Kind ein mit einer Nadel versehenes Glasauge, das von seinem Teddybären stammte. Ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war, erstickte das Kind.

+ + +
Buddha in Konkurs. Kapps früherer Pressechef und jetziger Buddhisten-Mönch Trebitsch-Lincoln, der vor acht Tagen in Köln wegen eines nicht zurückgezahlten Darlehens nach seinem Vortrag verhaftet worden war, wurde am Freitag aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er einen Offenbarungseid geleistet hatte. Er erklärte hierbei, dass er an verschiedene Konzertdirektionen Forderungen und mehrere Urheberrechte für die von ihm verfassten Bücher habe, sonstiges Vermögen aber nicht besitze.

+ + +
Gefängnisrevolte. Unter den Festungsgefangenen im Bielefelder Gerichtsgefängnis kam es zu einer Revolte, die sich im wesentlichen gegen die verschärften Bestimmungen des Strafvollzugs bei der Festungshaft richtete. Die Gefangenen, unter ihnen der frühere nationalsozialistische, später zu den Kommunisten übergewechselte Leutnant Scheringer, zertrümmerten das Mobiliar und warfen ihr Essgeschirr auf die Strasse. Mit Hilfe der Polizei wurde die Revolte niedergeschlagen.

+ + +
Die Affäre Tillich. In der Devisenschieder-Affäre gegen den deutschen nationalen Geheimrat Tillich vom Preussischen Wohlfahrtsministerium erliess die Staatsanwaltschaft Berlin Haftbefehl gegen einen Juwelier Smyrna und den Bergwerksdirektor Schmidt. Sie werden beschuldigt, Tillich und Konsorten mit den inkriminierten Auslandseffekten beliefert zu haben. Beide sind flüchtig.

Siedler in Not.

Von Dr. Curt Lomberg.

SPD. Zahlreiche Siedler empfinden heute die ganze Siedlung als beispiellosen Volksbetrug. Und man kann ihnen nicht Unrecht geben. Während der Siedler heute nicht weiss, wie er die fälligen Zahlungen aufbringen soll, war die Siedlung für den feudalen Grossgrundbesitz und die "gemeinnützigen" Siedlungsgesellschaften, in denen die bankrott gegangenen Grossagrarien ein bebagliches Unterkommen fanden, ein lukratives Geschäft. Grossgrundbesitz und Siedlungsgesellschaften haben sich gegenseitig in die Hände gearbeitet. Das Opfer war die Siedler.

Tatsächlich ist Jahre hindurch von vielen Siedlungsgesellschaften gesiedelt worden, um Grund und Boden von pleite gegangenen Grossagrariern mit hohem Gewinn an die Siedler zu verkaufen. Der Grossgrundbesitz richtete sich durch unsinnige und komfortable Wirtschaftsweise zu Grunde. Kam der Bankrott, dann musste die Siedlung einspringen. Hypothekenbanken und Privatgläubiger kamen so auf ihre Kosten. Die Lasten wurden auf die armen Siedler abgewälzt. Sie mussten für Uebernahmekosten des Grossbetriebes geradestehen. Auf den horrenden Kaufpreis wurden die Kosten der Zwischenwirtschaft, die Gebäudekosten, Kosten für Meliorationen und die Generalunkosten der Siedlungsgesellschaften, die vielfach an ihre Aktionäre eine fette Dividende zahlten, draufgeschlagen. Für den Siedler blieb die Aussicht, sich von früh bis spät in der ständigen Furcht und der ständigen Sorge zu plagen, ob er auch die nächste fällige Rate noch bezahlen kann. Selbst wenn er seine Lebensführung auf ein Minimum herunterdrückte.

Angesichts der katastrophalen Ergebnisse der Siedlung muss an die unehre Zer splitterung und das Gegeneinanderarbeiten der zahlreichen Landgesellschaften erinnert werden. In Preussen gibt es allein 13 provinzielle, 74 private und 52 Kreissiedlungsgesellschaften. Dazu kommen noch 100 bis 150 Grossgrundeigentümer, die selbst gesiedelt haben. Alle diese zahlreichen Siedlungsgesellschaften konnten aus dem vollen wirtschaften, da der Staat ihnen ja in reicher Weise Mittel für ihre "gemeinnützige Kulturarbeit" zur Verfügung stellte. Sogar Steuerprivilegien schenkte ihnen der Staat zu. Dagegen verfügten die Gesellschaften nur in unzureichender Weise über eigenes Kapital. Selbst die grösseren Gesellschaften, z.B. die Pommersche Landgesellschaft, besaßen nur ein Aktienkapital von nicht einmal 3 Millionen Mark. Etwas anders zu beurteilen ist lediglich die Arbeit der provinziellen Landgesellschaften, die nach der Vorschrift des Siedlungsgesetzes keine höhere Dividende als 5 % ausschütten dürfen.

Schwer gestündigt haben die Siedlungsgesellschaften in der Zahlung von überhöhten Gehältern. Hier gibt es allerdings für die leitenden Angestellten bestimmte Vorschriften, nach denen ihr Entgelt nicht mehr betragen darf als ein Ministerialgehalt zuzüglich 30 % Zuschlag. Nach dieser Vorschrift kommt aber immer noch ein respektables Gehalt von 1 500 Mark heraus. Die Gehaltsgrenze besteht für die privaten Gesellschaften nicht. Hier werden auch heute noch, nach jahrelanger Krise, Direktorengehälter von 40 000 bis 60 000 Mark pro Jahr gezahlt. Es ist geradezu zum Lachen, wenn Gesellschaften, die im

Jahresdurchschnitt nur 150 Siedlerstellen anlegen, derartige Direktorengelälter, die man nur als Gehaltsluxus bezeichnen kann, herauswerfen. Jedem objektiven Beurteiler muss sich die Auffassung aufdrängen, dass die vom Reich hergegebenen billigen Kredite lediglich dazu gedient haben, einer Reihe von sogenannten leitenden Direktoren ein phantastisches Gehalt zu zahlen. Ein Gehalt, das weit höher ist als die Bezüge des Reichskanzlers in Deutschland. Man darf sich deshalb auch nicht wundern, dass bei solchen Gesellschaften in der Regel die Lasten von 30 bis 50 Siedlern gerade ausreichen, um das Gehalt nur eines dieser leitenden Direktoren zu bezahlen.

Ganz schlimm haben es die zahlreichen privaten Siedlungsgesellschaften getrieben. Sie haben mit den schönsten Versprechungen Siedler aus ganz Deutschland herangeholt und diese dann, ohne Rücksicht auf die ganz anders gelagerten betriebswirtschaftlichen, klimatischen und Absatzverhältnisse des Siedlungsgebietes, sich selbst überlassen. Gewöhnlich war es so, dass die Gesellschaften, wenn sie die Siedler gerupft hatte, von dem Schauplatz ihrer unrühmlichen Betätigung verschwand, nach dem bekannten Grundsatz: Hinter uns die Sintflut! Die Gesellschaft tauchte dann in einem ganz andern Teil Deutschlands auf, um ihr unheilvolles Spiel von neuem zu beginnen. Der weitere Verkehr der Gesellschaft mit den betrogenen Siedlern vollzieht sich meistens durch den Gerichtsvollzieher. Das ist die Tragödie des Siedlers. Die Regierung der Barone wirft hunderte von Millionen für den Grossgrundbesitz heraus und macht grosse Worte über die Notwendigkeit, den deutschen Osten zu besiedeln; aber um die Siedler, ohne Zweifel wertvollster Bestandteil unseres Volkes, bekümmert sie sich nicht.

Dass sich diese grauenvollen Zustände überhaupt entwickeln konnten, daran tragen der unheilvolle grossagrарische Einfluss auf das preussische Landwirtschaftsministerium und die von den bürgerlichen Regierungen gegründete Deutsche Siedlungsbank die Schuld. Die Sozialdemokratie hat immer wieder schärfste Kontrolle der Siedlungsgesellschaften verlangt. Die Kontrolle wurde aber vom Ministerium aus und von der Deutschen Siedlungsbank ungenügend gehandhabt. Die bürokratischen Institutionen, die sich als Parasiten des Siedlungswerkes entwickelten, haben die Ansiedlung nicht nur erschwert, sondern die ganze Aktion gefährdet. So nur konnte der Glaube in dem Siedler gross werden, dass der Staat sie verraten und verkauft habe.

Wo die wirklich Schuldigen sitzen, dürfte der Siedler aus unseren Ausführungen erkennen. Der Feind des Siedlers sitzt in den Reihen der politischen Reaktion, der Interessenten- und Profitparteien. Der Feind des Industrie- und Landerarbeiters ist auch der Feind des Siedlers. Daraus muss der Siedler die Konsequenz ziehen. Er gehört in die Kampfreihe der Sozialdemokratie gegen die Regierung der Barone, gegen die politische und soziale Reaktion.

SPD. In Königsberg ist am Freitag eine kleine Komödie vom Dritten Reich liquidiert worden, die die Nationalsozialisten vor ungefähr einem halben Jahr inszenierten, als sie den in landwirtschaftlichen Kreisen völlig unbekannten früheren Gardeoffizier Buttler zum Präsidenten der ostpreussischen Landwirtschaftskammer wählten. Buttler wurde Nachfolger von Brandes, der seit Jahren Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates ist. Während seiner sechsmonatlichen Tätigkeit hat Buttler Positives nicht geleistet, wenn man von einem Entschuldungsprogramm der Landwirtschaft absehen will, über dessen kindliche Phantastereien man in der Landwirtschaft selbst lächelt. Aber auf andern Gebieten hat sich Buttler eifrig betätigt: Früher genügte in der ostpreussischen Landwirtschaftskammer ein Präsident. Buttler musste noch einen Vizepräsidenten haben und zwar wählte man dazu einen Re-

gierungsassessor, der mit der Landwirtschaft nichts zu tun hat, unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen. Bei der Wahl des Vizepräsidenten beriefen sich die Nazis auf die Vorschrift, dass ein Vizepräsident gewählt werden kann, wenn der Gewählte sich Verdienste für die Landwirtschaft erworben hat. Der erwähnte Regierungsassessor konnte als sein einzigstes Verdienst für die Landwirtschaft nachweisen, dass er einmal "einige Zeit" bei der Domänenverwaltung der Regierung aushilfsweise beschäftigt war. Die Wahl des Vizepräsidenten in der ostpreussischen Landwirtschaftskammer war also eine Parteibuchschlebung übelster Art. Dazu musste man den beiden Präsidenten noch einen Assistenten beigeben, damit einer da war, der wenigstens etwas von der Landwirtschaft verstand. Im übrigen hat Buttler es dahin gebracht, dass weite Kreise in Ostpreussen dem amtlichen Organ der ostpreussischen Landwirtschaftskammer Inserate entzogen, was einen Verlust von etwa 30 bis 40 000 Mark im Jahr ausmachen dürfte.

Wenn nun Buttler seinen Rücktritt erklärt hat, nimmt man in ostpreussischen landwirtschaftlichen Kreisen an, dass die nationalsozialistische Zentrale Forderungen an Buttler gestellt hat, denen gegenüber Buttler sich entschied, lieber aus seinem hochbezahlten Amt zu scheiden. Seinen Rücktritt vollzog Buttler am Freitag mit der Bemerkung, "seinen Auftrag aus der Hand Hitlers erhalten zu haben und dass er diesen Auftrag pflichtgemäss in die Hand Hitlers zurücklege". Das erinnert an den dunkelsten Punkt in der kommunistischen Partei, die ja ihre Aufträge und Befehle von Moskau erhält und danach handelt. Ob schliesslich irgend ein Sowjetbonze in Moskau für Deutschland Befehle erteilt oder ein aus dem Ausland hergelaufener Hitler, bleibt grundsätzlich ein und dasselbe.

SPD. Die Nachrichtenstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats lehnt das Projekt, die Kontingentierung durch Gleitzölle zu ersetzen, rundweg ab und erklärt, dass mit der Kontingentierung das Papensche Wirtschaftsprogramm und auch die Regierung Papen falle. Die Landwirtschaft setzt mit dieser Feststellung das Kabinett Papen weiter unter Druck. Dagegen wird die Industrie auf der Tagung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands am Sonntag neue Vermittlungsvorschläge machen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat begründet seine Ablehnung der Gleitzölle mit dem Hinweis, dass man mit dieser Art von Zöllen zur Zeit, als Dietrich Landwirtschaftsminister im Reiche war, üble Erfahrungen gemacht hat. (Ueble Erfahrungen haben mit diesen Gleitzöllen in der Dietrich'schen Zeit auch die Konsumenten gemacht, weil mit diesen Gleitzöllen nur die Preise in die Höhe getrieben wurden. Red.) Man könne unmöglich, so argumentiert der Landwirtschaftsrat, nach Preisen in der Vergangenheit Zölle für die Zukunft festsetzen. Ohne Zweifel wird mit diesen Feststellungen eine der Unmöglichkeiten für die Einführung von Gleitzöllen aufgezeigt. Dazu treten aber noch andere Momente. Die Agrarartikel, die auf der deutschen Kontingentierungsliste stehen, sind in Handelsverträgen mit den europäischen Ländern gebunden, dürfen also erst nach Kündigung dieser Verträge mit höheren Einfuhrzöllen belastet werden. In Frage kommen die Handelsverträge mit Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Italien, Finnland, Rumänien, Ungarn usw.. Diese Verträge können zum grössten Teil erst für Mitte bzw. Ende 1933 ausserkraft gesetzt werden. Diese Tatsache führt der Deutsche Landwirtschaftsrat dafür an, dass Gleitzölle unwirksam bleiben müssen. Das stimmt. Dabei darf man aber auch nicht übersehen, dass die betroffenen Länder die Kündigung der Handelsverträge nicht stillschweigend hinnehmen werden. Die Aufhebung der Bindungen würde unser ganzes handelspolitisches System untergraben und den in der Luft hängenden Boykott gegen deutsche Einfuhrwaren wirksam werden lassen.

alles in allem für Gleitzölle, von denen sich auch die Landwirtschaft nichts verspricht.

Allerdings müssen wir feststellen, dass sich in führenden Köpfen der Landwirtschaft eine Art Vorstellung von den Gefahren herangebildet hat, die der deutschen Landwirtschaft selbst durch die Kontingentierung drohen. Man übersieht nicht, dass die Landwirtschaft durch die Kontingentierung einer Zwangswirtschaft entgegentreibt wie wir sie während des Krieges gehabt haben. "Die Ernährungswirtschaft", ein rein agrarisches Organ, schreibt in ihrer letzten Nummer, "dass sich die Landwirtschaft darauf gefasst machen müsse, dass die ZEG., die Zentraleinkaufsgesellschaft der Kriegszeit, mit der Kontingentierung wieder komme, mit der Deutschland den Krieg verloren habe. Die Bürokratie werde dann die Landwirtschaft völlig in die Hand bekommen. Die Hoffnung, mit Kontingentierung und einer solchen Zwangswirtschaft die Preise zu halten, sei eitel. Den Verdienst an der Ware würden die Schieber wegschleppen, die sich in der neuen Zwangswirtschaft eben so betätigen werden wie in der alten". Die Ernährungswirtschaft macht auch den Versuch, die handelspolitische Situation einmal für die Landwirtschaft richtig darzustellen und teilt mit, "dass Deutschland im ersten Halbjahr 1932, also in einer Zeit, in der von Kontingentierung der Einfuhr noch kaum die Rede war, von Produkten, die jetzt kontingentiert werden sollen, rund 45 % weniger eingeführt hat als im ersten Halbjahr 1931. Für einen solchen Rückgang der Einfuhr müssen sehr triftige Gründe vorgelegen haben; sie sind zu suchen in dem Mangel an Geld und in der Einschränkung des Verbrauchs der letzten Hand".

Hoffentlich erkennt die Landwirtschaft, dass sie mit der Lohnpolitik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften steht und fällt. Verdient der Arbeiter gut, kann er den Bauern gute Preise zahlen. Arbeiternot ist aber Bauerntod!

SPD. Der Reichsverband der Automobilindustrie errechnet die Mehrbelastung durch die letzten Benzinpreiserhöhungen mit 120 Millionen Mark pro Jahr. Dabei ist der Reichsverband der Meinung, dass sich die neuen Kartellpreise erst in Zukunft auswirken werden, da bisher einzelne Grossabnehmer noch in der Lage waren, sich unter Kartellpreisen einzudecken. Andererseits hört man, dass die deutschen Benzinproduzenten im Benzinkartell den angelsächsischen Konzernen und den Russen völlig freie Hand für eine weitere Erhöhung des Benzinpreises lassen.

SPD. Die ruinösen Wirkungen der Benzinpreissteigerungen und der Ueberlastung des Kraftverkehrs zeigen sich im zurückgehenden Autoabsatz. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1932 wurden 37 518 Wagen (32 341 Personen- und 5 177 Lastkraftwagen) abgesetzt gegen 59 806 (49 001 bzw. 10 805) in derselben Zeit 1931 und 82 605 (69 840 bzw. 12 775) 1930. Der Absatz in Deutschland hat sich ungünstiger als im europäischen Ausland entwickelt. In England wurden z.B. in der gleichen Zeit, prozentual umgerechnet, 6 mal mehr Kraftwagen verkauft. Auch die französischen Absatzziffern liegen weit günstiger.

SPD. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat ihre Mitglie=derversammlung für Dienstag nach Berlin einberufen. Sie dürfte sehr wahrscheinlich die Sprengrung der Spitzenorganisation im deutschen Einzelhandel bringen und zwar sind vor allem die Warenhäuser und andere Grossbetriebe nicht mit dem in der Hauptgemeinschaft seit längerer Zeit gesteuerten einseitigen Kurs einverstanden. Nachdem sie allerdings die sozialreaktionären Bestrebungen der Hauptgemeinschaft, in völliger Verknennung der Folgen, stark gefördert haben.

Es handelt sich in der Hauptgemeinschaft um Bestrebungen, die mit dem Aufkommen der Nazis äusserst stark ins Kraut geschossen sind. Es gibt da einige äusserst radikale Verbände, die die Schädigung, die der Einzelhandel durch die Karte=lvirtschaft und durch den Lohnraub erleidet, nicht sehen, die aber glauben, Mittelstandspolitik zu treiben, wenn sie die Staatsmacht für sich und gegen andere in Anspruch nehmen. Unter dem Einfluss dieser Bewegung wurde in den letzten Jahren versäumt, wirkliche Mittelstandspolitik zu treiben. Dagegen hat man die Konsumenten, insbesondere auch die Konsumvereine, durch erhöhte Umsatzsteuern, Warenhaussteuern usw. weiterbelastet und sich letzten Endes selbst geschädigt. Die Radikalinskas wollen nun weitergehen und haben in der Hauptgemeinschaft Anträge gestellt, den Warenhausverband und den Reichsverband deutscher Nahrungsmittel=Filialbetriebe auszuschliessen; ausserdem verlangen sie, dass die Belastung dieser Betriebe bis zu 15 Prozent ihres Umsatzes erhöht wird. Also eine rein tolle und unmögliche Forderung. Der Warenhausverband scheint dann auch das Gefühl zu haben, dass er in der Gesellschaft dieser Radikalinskas deplaziert ist. Er hat seinem Vorstand die Genehmigung zum Austritt gegeben, falls die Hauptgemeinschaft am Dienstag die Forderungen der radikalen Gruppen auf die Tagesordnung setzt. Damit ist aber bei der schwächlichen Leitung im Hauptverband auf jeden Fall zu rechnen.

SPD. Dass der Papenimpuls auch in einer Industrie, die stark von der Hausse an den Warenmärkten profitiert hat, nicht von langer Dauer gewesen ist, beweist der Bericht der deutschen Baumwollwebereien für den Monat Oktober. Die Gesamtbeschäftigung wird als "durchschnittlich gut" bezeichnet. "Zu Beginn des Oktobers hielt sich auch die Nachfrage auf der Höhe des Vormonats, liess dann aber - als Grund wird u.a. die politische Unsicherheit angeführt - im weiteren Verlauf des Monats nach. Die Kundschaft wurde skeptisch und hielt trotz der günstigen Einkaufsbedingungen mit Bestellungen zurück."

Von besonderem Interesse ist der Bericht der Baumwollwebereien über Auswirkungen des Kontingentierungsrummels. Es heisst in ihm u.a.:

"Der Export ist beträchtlich zurückgegangen, insbesondere nach Holland und den skandinavischen Staaten, wo der Rückgang eine Folge der von deutscher Seite in Aussicht genommenen Kontingentierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist. Was jetzt noch exportiert werden kann, sind Spezialitäten, welche die ausländische Kundschaft schwer entbehren kann."

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 11. November. Amtl. Notierung ab Erzeugerstation. Fracht u. Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 115, II. 105, abfallende Sorten 96 RM. Tendenz: fest.

Trotz Stützung abgeschwächt.

(Berliner Getreidebörse vom 11. Nov.)

SPD. Der Mehlmarkt zeigte am Freitag so etwas wie Belebung, die mit dem fälligen Weihnachtsgeschäft in Zusammenhang gebracht wird. Der Absatz der Mühlen soll jedoch immer noch sehr schlecht liegen. Am Promptmarkt blieben die Preise bei abgeschwächter Tendenz unverändert; dabei haben die Stützungsstellen in grösserem Umfang eingegriffen. Am Terminmarkt bemühten sich die Stützungsstellen um Steigerung der Kurse für spätere Sichten. (Maitermin).

	10.11.	11.11.
	(ab märkische Station i.M)	
Weizen	201 = 203	201 = 203
Roggen	158 = 160	158 = 160
Braugerste	170 = 180	170 = 180
Futter- und Industrierogste	162 = 169	162 = 169
Hafer	133 = 138	133 = 138
Weizenmehl	24,50 = 27,50	24,50 = 27,50
Roggenmehl	20,50 = 22,60	20,50 = 22,60
Weizenkleie	9,10 = 9,50	9,25 = 9,60
Roggenkleie	8,35 = 8,70	8,50 = 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsverträge: Weizen Dezember 212½ - 211½ (Vortag 212½), März 215 - 214 (215), Mai 218 - 217 (217½). Roggen Dezember 169½ - 168½ (169½), März 173 (173), Mai 177 (176½).

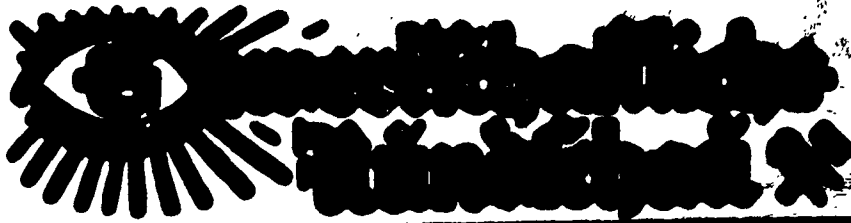
Berliner Viehmarkt.

(11. Nov.)

SPD. Mit Ausnahme des Rindermarktes waren am Freitag die Märkte durchweg genügend beschickt. Das prägte sich deutlich in der Preisbildung aus. Am Schweinemarkt gaben bei glattem Handel die Preise in allen Klassen nach. Dagegen konnten die Preise für gut genährte Schafe gehalten werden. Im grossen und ganzen war aber das Geschäft am Hammelmarkt ruhig. Am Kälbermarkt wurden prima Tiere gesucht. In Rindern gab es glattes Geschäft mit anziehenden Preisen.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund = (46), b) 240 - 300 Pfund 44 - 45 (45-46), c) 200 - 240 Pfd. 42 - 44 (44-45), d) 160 - 200 Pfd. 40 - 41 (40-43), e) 120 - 160 Pfd. = bis 37 (37-39), Sauen 37 - 39 (38-40). Kühe: a) 25 - 27 (-), b) 21 - 24 (20 - 23) c) 18 - 20 (16-18), d) 12 - 16 (10-15). Kälber: a) - (-), b) 42 - 50 (45-52), c) 33 - 45 (35-48), d) 17 - 25 (18-28). Schafe: a) 25 - 26 (-), b) 28 - 31 (32-33), c) 25-27 (28-30), d) 14-24 (16-25).

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner, waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,10 - 1,20 RM. Rote Kartoffeln 1,25 - 1,35 RM, Odenwälder Blaue 1,10 - 1,20 RM, andere Gelbfleischige (ausser Nieren) 1,30 - 1,40 RM. Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe 9 Rpf., im sonstigen Verkehr 7,50 - 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.



Der RGO-Nazi.

Kümmert euch um die Jugend!

SPD. Wie weit die politische Verwirrung in der Arbeiterschaft vorge-
drungen ist, zeigt überaus drastisch folgender Fall: in der schönen Rhein-
pfalz kamen die Werber des Fabrikarbeiterverbandes in eine Arbeiterwohnung
und fragten dort nach dem Sohn Fritz, der in einem Betrieb tätig, aber nicht
im Fabrikarbeiterverband Mitglied war. Noch während der Frage kam der Sohn
aus einem Nebenzimmer in die Stube, angetan mit einer Naziuniform. Auf die
Frage der Funktionäre, ob er organisiert sei, sagte Fritz: "Ich bin organi-
siert". Die weitere Frage: wo und in welchem Verband beantwortete die Mutter
dieses Jungarbeiters mit der Feststellung: "Mein Sohn ist im Verband der
RGO". Auf diese Feststellung hin packte den Fritz die Scham; er drückte sich
verlegen aus der Stube.

RGO-Mitglied und Nazimann zugleich. Auch das gibt es also. Wahrschein-
lich sagte sich der Jungarbeiter: Wenn RGO und NSBO Kampfleitungen miteinan-
der bilden, warum soll ich dann nicht RGO-Mitglied und Nazimann sein.

Die Arbeiterschaft muss aus dieser Verwirrung heraus, in die sie von
ihren Feinden systematisch hineingetrieben wurde. Die Gründe, warum der Ver-
wirrungsfeldzug des Kapitals, den Hitler unter tatkräftiger, wenn auch - viel-
leicht - unfreiwilliger Unterstützung der Kommunisten durchführte, so er-
folgreich war, sind heute leicht zu erkennen. Die Republik war zu gutmütig,
und zu gut ist ein Stück von der Dummheit. So mancher Weggenosse der Republik,
der eine zeitlang mit ihr marschierte, weil er seinen Vorteil davon hatte,
wartete nur auf den Augenblick, diese Republik zu erwürgen. Zu den bereits
chronisch gewordenen Unterlassungsünden der Republik kam dann zu allem Un-
glück noch die Krise. Sie stürzte die Arbeiterschaft in eine geradezu tragisch
anmutende Verkettung von Ursache und Wirkung. Je schlimmer die Krise sich
auswuchs, desto schwächer wurde der politische und wirtschaftliche Einfluss
der Arbeiterschaft und umso schwerer wurde es damit der Arbeiterbewegung, et-
was Durchgreifendes zur Linderung der Krise zu unternehmen. Aber reden wir
nicht von diesen Dingen! Hintennach ist ja jeder klug. Besser marschieren,
als räsonnieren, und wenn die Arbeiterbewegung wieder marschieren will - sie
wird es - dann muss sie auf manchem Gebiet beherzt wieder von vorn anfangen.
Und will sie das, dann muss sie vor allem bei der Jugend beginnen.

Kümmert euch um die Jugend! Das ist der Ruf, mit dem der Allgemeine
Deutsche Gewerkschaftsbund sich in diesen Tagen an die Arbeiterschaft wendet.
Dieser Ruf darf so schnell nicht wieder verstummen. Es genügt nicht, wenn
man ihn nur einige Wochen hört - die Wochen der Werbeaktion. Er muss schon
einige Jahre durchs Land gehen, wenn er in die Tiefe und Weite wirken soll.
Mit so manchen Vorurteilen und überlebten Vorstellungen muss aufgeräumt werden.

Da gibt es z.B. einen Ausspruch, der immer wieder in Betrieben und auf
Werkplätzen zu hören ist. Er lautet: Lehrlinge brauchen nicht organisiert
sein. Wer gebraucht diesen Ausspruch? Gewerkschafter manchmal, die gradlinig
und unermüdlich Jahrzehnte für die Gewerkschaft stritten, aber noch aus frü-
herer Zeit die Vorstellung haben, dass Lehrlinge nicht organisiert sein dür-

fen und brauchen. Auch Miesmacher und Mörgler, die über alle Organisationen der Arbeiterschaft zu schimpfen wissen, halten die Organisierung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern nicht für notwendig.

Räumt auf mit diesen Vorurteilen! Die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter von heute sind die Gewerkschafter von morgen. Verärgerte und verhetzte junge Menschen von jetzt sind Zweifler und ungerechte Kritiker der Zukunft. Setzt auch deshalb überall ein für die gewerkschaftliche Organisierung von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Arbeiterinnen!

Wer nur ein Mitgliedsbuch in der Tasche trägt, ist noch kein Gewerkschafter. Er muss erst mit der Bewegung vertraut werden, muss ihre Aufgaben kennen, sich als Gewerkschafter fühlen und mit seiner Gewerkschaft innerlich verwachsen sein, wenn er mehr sein will als nur ein Mitglied, wenn er ein Kämpfer sein will. Darum werden gewerkschaftliche Jugendgruppen gebraucht, in denen das Jungvolk die Möglichkeit findet, Gewerkschaftsfragen kennen zu lernen und zu studieren. In diesen Jugendgruppen wird selbstverständlich nicht nur Vorträgen gelauscht - auch dem Frohsinn und der Unterhaltung wird Raum eingeräumt. Wanderungen werden durchgeführt, Besichtigungen werden veranstaltet, kurzum: es wird gewerkschaftliche, berufliche und sozialistische Erziehungsarbeit geleistet. Besondere Betonung liegt auf beruflichem und gewerkschaftlichem Gebiet; denn diese Schulungsarbeit kann nur von den Gewerkschaften selbst geleistet werden.

Eltern! Gewerkschafter! Sorgt überall für die Organisierung der Jugend in den freien Gewerkschaften! Unterstützt die Heranbildung des Jungvolks zu tüchtigen Facharbeitern, Gewerkschaftern und Sozialisten.

SPD. Im Tarifstreit der Schuhindustrie sind vom Reichsarbeitsministerium Verhandlungen auf Freitag, den 18. November, anberaumt worden. Als Sonderschlichter wurde Regierungsdirektor Friedländer-Stettin bestimmt.

Schon Ende Oktober fanden im Tarifstreit der Schuhindustrie Verhandlungen statt. Sie scheiterten an der Haltung der Arbeitgeber. Beim Abbruch der Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber, dass sie das Reichsarbeitsministerium anrufen werden.

Die Schuhfabrikarbeiter haben in den letzten Wochen gegen die Durchführung der Notverordnung vom 5. September energisch Widerstand geleistet. In vielen Fällen kam es zu Arbeitsniederlegung. Die auf Grund der Notverordnung unternommenen Lohnsenkungsversuche wurden nahezu restlos zurückgewiesen. Hoffentlich hat dieser Widerstand den Arbeitgebern gezeigt, dass gegen jede Verschlechterung des Reichstarifvertrags die Arbeiterschaft zusammensteht wird. Jedenfalls sind vom Zentralverband der Schuhmacher hierfür alle notwendigen Vorbereitungen getroffen worden.

SPD. Es gibt anständige und unanständige Menschen - auch in der Politik. In der sächsischen Bergstadt Freiberg hatte der Magistrat, als der Zentralverband der Angestellten vor einigen Wochen sein westsächsisches Gaujugendtreffen dorthin einberief, beschlossen, ein Transparent aufzustellen. Das kostete 60 Mark. Diese vornehme Geste erregte das Missfallen der Nazis; denn das Treffen erfreute sich eines sehr starken Besuchs und verlief außerordentlich wirkungsvoll. Die Wut der Nazis ging so weit, dass sie sogar mehrere Sitzungen des Stadtparlaments, in denen wichtige Fragen der Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung entschieden werden sollten, auffliegen liessen.

Hass, vor allem kleinlicher Hass, das ist die ganze Grösse dieser Herrschaften, die vorgeben, Deutschland erneuern zu wollen.

SPD. Die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft, deren Belegschaft vor dem Streik zu zwei Dritteln unorganisiert war, erkennen heute - nach bitteren Erfahrungen - wieder den Wert der gewerkschaftlichen Organisation. Der Gesamtverband kann zahlreiche, täglich sich mehrende Neuaufnahmen aus der Belegschaft melden.

Eine erfreuliche Meldung, über die man sich aber leider kaum freuen kann, weil der Kampf um das Brot der durch das Streikverbrechen der Nazi-Koalifront aufs Pflaster geworfenen Verkehrsarbeiter leider noch lange nicht mit vollem Erfolg durchgekämpft ist. Der Gesamtverband setzt zurzeit alle Hebel in Bewegung, um den von der BVG vorgenommenen Personalabbau soweit als nur irgend möglich zu mildern - wenn möglich auch den letzten Mann der Entlassenen wieder in den Betrieb zu bringen. Die Anstrengungen des Verbandes, den Familien der vom Abbau heimgesuchten Arbeiter der BVG das Brot für den Winter zu retten, sind auch nicht ohne Erfolg geblieben. Die BVG-Direktion hat sich bis jetzt bereit erklärt, zahlreiche bereits entlassene Arbeitskräfte wieder einzustellen.

Der Gesamtverband wird den Kampf um das Brot der Opfer des Streikverbrechens mit Zähigkeit und Beharrlichkeit fortsetzen. Im übrigen werden die Gewerkschaften, wie die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in einem Rückblick auf den Streik betont, unbeirrt von den demagogischen Anklagen der Kommunisten und Nationalsozialisten auch in Zukunft ihren Weg unverdrossen weitergehen, den Weg, der ihnen die Pflicht vorschreibt. Sie werden bereit sein, das Interesse ihrer Mitglieder mit allen Mitteln zu wahren, aber sie werden die Entscheidung über die Wahl der Mittel im gegebenen Fall stets und ausschliesslich abhängig machen von der Einsicht in die vorliegenden Kampfbedingungen.

Die Schuld an den unglücklichen Opfern, die bei diesem Kampfe zu beklagen sind, fällt - das stellt die "Gewerkschaftszeitung" noch einmal mit allem Nachdruck fest - in erster Linie auf die Drahtzieher der nationalsozialistischen und kommunistischen Partei. Aber an der Verantwortung dafür, dass dies geschehen konnte, haben die Reichsregierungen, die durch den beständigen Druck auf die Löhne der Gemeindearbeiter und Strassenbahner eine steigende Beunruhigung in die Reihen der Arbeiter getragen haben, einen beträchtlichen Anteil. Und sollte in den gegenwärtig regierenden Kreisen die Meinung vertreten sein, die Gewerkschaften seien dazu da, sie, diese regierenden Kreise, zu decken gegen Ausbrüche der Empörung, welche die herrschenden Mächte durch ihre Politik heraufbeschworen haben, dann wäre dies ein verhängnisvoller Irrtum.

SPD. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung hat eine Verbilligung der Arbeiterwochenkarten, die der Bundesvorstand des ADBG beantragt hatte, abgelehnt. Sie erklärt, die Preise der Arbeiterwochenkarten seien im Verhältnis zu den einfachen Fahrkarten bereits so niedrig, dass schon bei werktäglich nur einmaliger Hin- und Rückfahrt eine Ermässigung von 62 bis 78% gewährt werde. Die freien Gewerkschaften werden in der kommenden Sitzung des Reichseisenbahnrats die Verbilligung der Arbeiterwochenkarten unter Hinweis auf die scharfe Schmälerung der Verdienste erneut fordern.

SPD. Für den Freiwilligen Arbeitsdienst sollen weitere Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden. Das Reichsarbeitsministerium fordert eine Summe von 30 Millionen. Beschlüsse sind noch nicht gefasst.

fen und brauchen. Auch Miesmacher und Mörgler, die über alle Organisationen der Arbeiterschaft zu schimpfen wissen, halten die Organisierung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern nicht für notwendig.

Räumt auf mit diesen Vorurteilen! Die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter von heute sind die Gewerkschafter von morgen. Verärgerte und verhetzte junge Menschen von jetzt sind Zweifler und ungerechte Kritiker der Zukunft. Setzt auch deshalb überall ein für die gewerkschaftliche Organisierung von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Arbeiterinnen!

Wer nur ein Mitgliedsbuch in der Tasche trägt, ist noch kein Gewerkschafter. Er muss erst mit der Bewegung vertraut werden, muss ihre Aufgaben kennen, sich als Gewerkschafter fühlen und mit seiner Gewerkschaft innerlich verwachsen sein, wenn er mehr sein will als nur ein Mitglied, wenn er ein Kämpfer sein will. Darum werden gewerkschaftliche Jugendgruppen gebraucht, in denen das Jungvolk die Möglichkeit findet, Gewerkschaftsfragen kennen zu lernen und zu studieren. In diesen Jugendgruppen wird selbstverständlich nicht nur Vorträgen gelauscht - auch dem Frohsinn und der Unterhaltung wird Raum eingeräumt. Wanderungen werden durchgeführt, Besichtigungen werden veranstaltet, kurzum: es wird gewerkschaftliche, berufliche und sozialistische Erziehungsarbeit geleistet. Besondere Betonung liegt auf beruflichem und gewerkschaftlichem Gebiet; denn diese Schulungsarbeit kann nur von den Gewerkschaften selbst geleistet werden.

Eltern! Gewerkschafter! Sorgt überall für die Organisierung der Jugend in den freien Gewerkschaften! Unterstützt die Heranbildung des Jungvolks zu tüchtigen Facharbeitern, Gewerkschaftern und Sozialisten.

SPD. Im Tarifstreit der Schuhindustrie sind vom Reichsarbeitsministerium Verhandlungen auf Freitag, den 18. November, anberaumt worden. Als Sonderlichter wurde Regierungsdirektor Friedländer-Stettin bestimmt.

Schon Ende Oktober fanden im Tarifstreit der Schuhindustrie Verhandlungen statt. Sie scheiterten an der Haltung der Arbeitgeber. Beim Abbruch der Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber, dass sie das Reichsarbeitsministerium anrufen werden.

Die Schuhfabrikarbeiter haben in den letzten Wochen gegen die Durchführung der Notverordnung vom 5. September energisch Widerstand geleistet. In vielen Fällen kam es zu Arbeitsniederlegung. Die auf Grund der Notverordnung unternommenen Lohnsenkungsversuche wurden nahezu restlos zurückgewiesen. Hoffentlich hat dieser Widerstand den Arbeitgebern gezeigt, dass gegen jede Verschlechterung des Reichstarifvertrags die Arbeiterschaft zusammensteht. Jedenfalls sind vom Zentralverband der Schuhmacher hierfür alle notwendigen Vorbereitungen getroffen worden.

SPD. Es gibt anständige und unanständige Menschen - auch in der Politik. In der sächsischen Bergstadt Freiberg hatte der Magistrat, als der Zentralverband der Angestellten vor einigen Wochen sein westsächsisches Gaujugendtreffen dorthin einberief, beschlossen, ein Transparent aufzustellen. Das kostete 60 Mark. Diese vornehme Geste erregte das Missfallen der Nazis; denn das Treffen erfreute sich eines sehr starken Besuchs und verlief außerordentlich wirkungsvoll. Die Wut der Nazis ging so weit, dass sie sogar mehrere Sitzungen des Stadtparlaments, in denen wichtige Fragen der Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung entschieden werden sollten, aufliegen liessen.

Hass, vor allem kleinlicher Hass, das ist die ganze Grösse dieser Herrschaften, die vorgeben, Deutschland erneuern zu wollen.

SPD. Die Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft, deren Belegschaft vor dem Streik zu zwei Dritteln unorganisiert war, erkennen heute - nach bitteren Erfahrungen - wieder den Wert der gewerkschaftlichen Organisation. Der Gesamtverband kann zahlreiche, täglich sich mehrende Neuaufnahmen aus der Belegschaft melden.

Eine erfreuliche Meldung, über die man sich aber leider kaum freuen kann, weil der Kampf um das Brot der durch das Streikverbrechen der Nazi-Koalifront aufs Pflaster geworfenen Verkehrsarbeiter leider noch lange nicht mit vollem Erfolg durchgekämpft ist. Der Gesamtverband setzt zurzeit alle Hebel in Bewegung, um den von der BVG vorgenommenen Personalabbau soweit als nur irgend möglich zu mildern - wenn möglich auch den letzten Mann der Entlassenen wieder in den Betrieb zu bringen. Die Anstrengungen des Verbandes, den Familien der vom Abbau heimgesuchten Arbeiter der BVG das Brot für den Winter zu retten, sind auch nicht ohne Erfolg geblieben. Die BVG-Direktion hat sich bis jetzt bereit erklärt, zahlreiche bereits entlassene Arbeitskräfte wieder einzustellen.

Der Gesamtverband wird den Kampf um das Brot der Opfer des Streikverbrechens mit Zähigkeit und Beharrlichkeit fortsetzen. Im übrigen werden die Gewerkschaften, wie die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in einem Rückblick auf den Streik betont, unbeirrt von den demagogischen Anklagen der Kommunisten und Nationalsozialisten auch in Zukunft ihren Weg unverdrossen weitergehen, den Weg, der ihnen die Pflicht vorschreibt. Sie werden bereit sein, das Interesse ihrer Mitglieder mit allen Mitteln zu wahren, aber sie werden die Entscheidung über die Wahl der Mittel im gegebenen Fall stets und ausschliesslich abhängig machen von der Einsicht in die vorliegenden Kampfbedingungen.

Die Schuld an den unglücklichen Opfern, die bei diesem Kampfe zu beklagen sind, fällt - das stellt die "Gewerkschaftszeitung" noch einmal mit allem Nachdruck fest - in erster Linie auf die Drahtzieher der nationalsozialistischen und kommunistischen Partei. Aber an der Verantwortung dafür, dass dies geschehen konnte, haben die Reichsregierungen, die durch den beständigen Druck auf die Löhne der Gemeindearbeiter und Strassenbahner eine steigende Beunruhigung in die Reihen der Arbeiter getragen haben, einen beträchtlichen Anteil. Und sollte in den gegenwärtig regierenden Kreisen die Meinung vertreten sein, die Gewerkschaften seien dazu da, sie, diese regierenden Kreise, zu decken gegen Ausbrüche der Empörung, welche die herrschenden Mächte durch ihre Politik heraufbeschworen haben, dann wäre dies ein verhängnisvoller Irrtum.

SPD. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung hat eine Verbilligung der Arbeiterwochenkarten, die der Bundesvorstand des ADBG beantragt hatte, abgelehnt. Sie erklärt, die Preise der Arbeiterwochenkarten seien im Verhältnis zu den einfachen Fahrkarten bereits so niedrig, dass schon bei werktäglich nur einmaliger Hin- und Rückfahrt eine Ermässigung von 62 bis 78% gewährt werde. Die freien Gewerkschaften werden in der kommenden Sitzung des Reichseisenbahnrats die Verbilligung der Arbeiterwochenkarten unter Hinweis auf die schärfere Schmälerung der Verdienste erneut fordern.

SPD. Für den Freiwilligen Arbeitsdienst sollen weitere Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden. Das Reichsarbeitsministerium fordert eine Summe von 30 Millionen. Beschlüsse sind noch nicht gefasst.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 11. November 1932.

Das tote Haus.^x

* SPD. Draussen vor der Stadt stand eine kleine, altersgraue Kate. Auf dem verwitterten Ziegeldache wucherten Moosballen. In der Regenrinne wiegten sich Haferhalme. Zerfallen war die Pforte.

Wie tot lag das Haus. Schauern überkam die Menschen, die vorübergingen. Sie wussten; es ist das tote Haus.

Mutter Graab wohnte darin, eine alte Frau mit bleichem Gesicht und tief-liegenden Augen. Ihr Rücken war gebogen von Gicht und Alter. Einsam verbrachte sie ihre Tage. Von den Menschen wollte sie nichts mehr wissen.

Und doch war sie nicht allein. Immerfort sprach sie vor sich hin. Mit Dieter schwatzte sie, ihrem Jungen. Bis auf den Tag glaubte Mutter Graab nicht dass Dieter in Frankreich irgendwo unter der Erde läge. Auf dem Schranke stand ein Bild von ihm. Seine Augen sahen hell herab auf die kleine Stube. Von diesem Leuchten zehrte die Alte. Nur um den Jungenging noch ihr Denken. Als Spuk war er im Hause, um den Tisch geisterte er, in der Kammer wehte zur Nacht sein Atem.

Ihr Glaube war ohne Ende....

Früh sank die Sonne des Spätherbstes. Als es still wurde, kam noch ein Landstreicher daher. Dem sah die Jugend aus den Augen; braun war er von Wind und Wetter. Er bog vom Wege ab, um im toten Hause vorzusprechen. Stickige Luft schlug ihm entgegen. Benommen blieb er auf der Schwelle stehen. Schwarz erschien ihm alles, was er sah. Nur ein bleiches Gesicht und hohle Augen schwebten in diesem Dämmern. Da wollte er wieder gehen.

Als er sich noch einmal umdrehte, keuchte jemand, und zwei lange, schwarze Arme umschlangen seinen Leib. Eine heisere Stimme krächzte: "Gott, mein Gott!"

Regungslos stand der Landstreicher. Er wollte abschütteln, was sich an ihm krampfte, konnte es aber nicht. Ein bebender Körper hing an ihm. "Dieter, mein Jung! Mein Jung!" Mit nestelnden Händen strich die Alte an ihm auf und ab. "So lange hast du mich warten lassen! - Ich hab' ja gewusst, dass du zurückkommst! - Mein schöner, grosser Jung!"

Der Landstreicher strich der Frau über das raue Gesicht. "Liebe Frau, ich bin ja gar nicht...."

"Bist du müde, Jung? - Kommst wohl von weit her! - Hier hast du den Stiefelknecht! - Willst du essen?" Mutter Graab hörte nicht auf ihn. Sie hantierte herum, drückte seine Hände und sprach selbst immerfort. Und als sie einmal vor ihm stand und ihn mit all ihrer Liebe ansah, setzte er wieder an: "Ich bin wahrhaftig nicht der Dieter, Frau!" Mutter Graab stützte ihre Arme in die Seiten und lachte laut auf. "Bist noch ganz der Alte, Dieter! Weisst du noch, hast mich manchmal zum besten gehalten, als du noch klein warst!"

Der junge Landstreicher stand unterdessen mitten in der Stube. Da kam ihm ein Duft von gebratenem Speck in die Nase. So etwas hatte er lange nicht gehabt. Ach was, dachte er und schüttelte die Bedenken ab. Wenn die Olsch es so will, an mir soll's nicht liegen! Als die Frau ihn zuletzt fragte, ob er müde sei, antwortete er nur: "Ja, sehr müde!"

Lange lag er wach in seiner Kammer. Spät hörte er leise Tritte. Mutter Graab trat an sein Bett. Er tat, als schliefe er. Lange stand die Frau; über die Decke tasteten ihre Hände, bis sie die seinen fühlte. Ein heftiger,

scheuer Druck; dann ging die Frau ebenso leise wieder fort. Der Landstreicher warf sich herum. "Verrücktes Weib!" knurrte er.

Es war heller Morgen, als er zum Frühstück erschien. Mutter Graab war längst in ihrer Arbeit. Alles, was bisher herumgelegen hatte, war aufgepackt. Voll Eifer wirtschaftete sie. In ihrer Freude lebte sie auf. Schnell waren ihre Glieder, als flösse neues Blut hindurch. In einer Ecke lehnte der Krückstock. Sie brauchte ihn nicht mehr.

Der Landstreicher hantierte herum, wo es etwas auszubessern gab. Von Zeit zu Zeit huschte ein Lächeln über sein Gesicht. Absonderlich erschien ihm seine Lage, aber nicht schlecht.

Als beide beim Abendbrot saßen, fasste Mutter Graab plötzlich nach seiner Hand. Sie brauchte Halt. Grau wurde ihr Gesicht. In den Augen begann ein flackerndes Feuer zu spielen. Die Brust ging keuchend. "Jung! - Dieter!" stöhnte die Frau. Der Landstreicher erschrak. "Bringe mich - nach - dem Bett - mir wird so....." Sie sank zusammen. Die Augen waren geschlossen. Zittern lief durch ihren alten Körper. Eine Weile lag sie still auf ihrem Lager. Dann hob sie sich in sitzende Stellung, griff mit beiden Händen über die Decke und gab zu verstehen, dass er sich setzen sollte. Er tat es und nahm ihre kalte Hand in die seine. "Hast du Schmerzen, Mutter?" fragte er endlich.

"Nein, mein Jung!" Sehr leise sprach sie.

"Kann ich etwas für dich tun?"

"Lass nur, Dieter, es ist so schön nun. Bleib sitzen! Die Sonne geht gerade über dein Haar. Bist ganz dein Vater. Weissst du noch, wie du nach Feierabend immer auf seinen Knien rittest?"

Der Landstreicher fühlte, dass es warm in seiner Brust wurde. Er strich der Alten die Backen. "Ja, kleine Mutter!"

"Ich weiss es auch noch sehr gut."

"Schlafe nun, Mutter!"

"Ja, nachher. Dein Vater....."

"Lass die alten Zeiten nun, schlafe!"

Mutter Graab stöhnte leise. "Mich friert, Dieter!"

Der Landstreicher holte eine Decke. Er hätte die Frau an sich drücken mögen; so übergroß war ihm das Herz.

"Ich bin so müde!" Fast war es nicht mehr zu verstehen, was die weissen Lippen murmelten. Der Landstreicher stand am Bette und wusste nicht, was er tun sollte. Immerfort strich er über das eingefallene Gesicht.

Einmal öffneten sich die Augen noch wieder. "Mein Jung!" Wie ein Atemzug so leise klang es. Dann schlief die Alte ein.

Und Mutter Graab hatte für alle Zeit die Augen geschlossen. In Frieden lag sie nun. Die letzte grosse Freude stand noch auf dem stillen, toten Gesichte. Die nahm sie mit nach drüben.

Als der Landstreicher sah, dass es mit der Frau zu Ende war, stand er lange und glaubte, die guten Augen müssten sich noch einmal öffnen. Dann streute er ein paar Feldblumen auf das Bett und ging leise hinaus.

Paul Behlau.

Spiritistische Sitzung.^x

SPD. Jottfried, du bist heute Ahmd wieder mal so een richtijet faulet. Aas - warum kloppste denn nich, du Luder! - So is er nämlich, meine Herrens, stinkefaul is er, aber manchmal, sag' ick Ihnen, wird er ganz wild. Na, macht nischt, ma wer'n schon kriejen. Also noch mal, meine Herrens, feste uff'n Tisch drücken und so ganz uff det Jeisterhafte spekulieren! "

Ein halbes Dutzend feinnerviger Intellektuellenhände stützt sich in gespannter Erwartung auf den wackeligen Tisch in der ehemaligen Deportierten-

zelle von Trial Bay, wo der Kampschuster Zetterjahn einen erlesenen Kreise von internierter Austral-Deutscher seinen Spezialgeist Gottfried vorführt. "Tock" macht der wackelige Tisch. "Wat is denn nu wieder los, Jottfried?" brüllt der Schuster. "Du befindest dir hier in eine jebildete Jesellschaft. Willste antworten, frage ick dir. - Manchmal hat det Aas seine Mucken. Na, ma wer'n schon sehn: feste, meine Herrens, janz uff det Jeisterhafte!"

"Tock, tock", wackelt der Tisch. "Zweemaal, also nee, du willst nich. Na, da lause mir doch der Affe! Sehn Se, meine Herrens, so'n boshafte Luder! - Jottfried, antworten sollste... feste, meine Herrens: nu aber janz uff de Jeisterhaftigkeit!" (Es fällt mir schwer, mich zu konzentrieren, weil der Geist Jottfried mir leid tut: vielleicht grault er sich ganz einfach vor uns.)

"Rumbum" macht der wackelige Tisch. "Sehn Se, meine Herrens, also wütend is der Jottfried. Nee, wat hab ick schon for Aerjer gejagt mit den! Eenmal in Berlin, als ick so een kleenet, mollijet Schnidicken hatte - Paula hiess se und war in de Konfektion -, da war det Luder doch so eifersüchtig; da schmeisst er mir uff eenmal den Tisch um..., und als ick mir mit Paula uff's Schoss setzen will, zieht er mir doch den Stuhl wech. Jawoll, so is er. Schämest du dich, Jottfried, und nu antworte! Feste, meine Herrens, janz uff de Jeisterhaftigkeit! (Mir fällt es immer schwerer, mich zu konzentrieren..., du lieber Gott, hält man denn Geister wie Hunde?)

Rumbumrumbum wackelt der Tisch. "Ick bin platt, meine Herrens", schreie Zetterjahn, "weil hier eener mang die hochverehrte Jesellschaft mang is, der mit'n Jottfried nischt zu tun haben will". - Ich werde rausgeschmissen und habe nachher eine Abhandlung über Gespenstermisshandlung geschrieben.

Heinrich Hemmer.

----- In den Souks von Marrakesch.^x -----

SPD. Von all den bettelnden, verlumpten Gestalten, die sich uns auf Djemaa El Fna, dem Hauptplatz von Marrakesch, als Führer durch die Souks anboten, hatten wir den hinkenden Omar ausgewählt. Seine rote Türkenkappe sass so ulkig auf dem niedrigen Mischlingskopf, und er grinste uns so vergnügt an, dass wir nicht widerstehen konnten. Noch auf der Terrasse der Schankwirtschaft wo jeder Fremde, der sich bei einem eisgekühlten Kaffee der drückenden Hitze zu erwehren sucht, von blinden Bettlern, kleinen, wie Affen um die Beine herum tänzelnden Schuhputzern und aussätzigen Kindern um ein Halbgroschenstück angehalten wird, hatten wir mit Omar einen förmlichen Vertrag abgeschlossen: für zehn Franken sollte er uns am Nachmittag drei Stunden begleiten. Vorläufig war ja an ein Fortgehen nicht zu denken. Die Sonne brannte senkrecht auf die weisse Erde und die kahlen, fensterlosen Mauern der Häuser. Hinter den aus Sackleinen gespannten Schutzdächern lagen die Händler und Handwerker im Schatten und schliefen, bis um vier Uhr das grosse Gauklerleben auf dem Platze losgehen würde, wo sich stets eine riesige Menschenmenge ansammelte. Wir sassen unterdessen im Café und tranken unheimliche Mengen aller möglichen Eisgetränke. Trotzdem war der Gaumen ein paar Minuten später wieder vollkommen trocken. Dabei kann man überhaupt nicht schwitzen. Die Luft ist so heiss, dass die Transpiration sofort aufgesogen wird und nur ein schlappes Schwindelgefühl bleibt.

Pünktlich kam Omar angetrottelt, sein linkes, kürzeres Bein gemächlich nachziehend. Nach einem Glas Eiskaffee und mehreren Zigaretten als erster Provision setzte er sich an die Spitze unsres Zuges. Der Gang über den weiten, schattenlosen Platz war eine Qual. Der leichte Korktropfenhelm drückte wie eine Zentnerlast auf den brummenden Schädel, und die Beine versagten fast ihren Dienst. Das machte der Samum, der trockene Wüstenwind aus der Sahara. Desto

angenehmer war dann die Kühle in den langen Schluchten der Souks, wie die Werkstätten und Verkaufsläden der Eingeborenen genannt werden. Es gibt keine Araberstadt ohne diese Souks, und auch die Berber und die eingewanderten Juden haben die Einrichtung übernommen. Die Souks stellen Einkaufszentrale, Börse und Markt der primitiven Eingeborenenvirtschaft dar und sind das eigentliche Geschäftszentrum, während in den Wohnvierteln keine Läden und Handwerker sind. Stets wälzt sich ein unübersehbarer Menschenstrom durch die Eingänge der labyrinthischen Gassen, die von Fremden nur schwer zu finden sind. An den Ecken kauern verschleierte Frauen und bieten flaches Brot und Milch in schmutzigen Flaschen an. Wasserverkäufer klingeln um die Wette, um ihr kühles Nass, das sie in prallen Ledersäcken über der Schulter tragen, für ein paar Centimes loszuwerden. Einkaufende Araberinnen ziehen hastig ihre Schleier hoch, als sie uns "Ungläubige" ankommen sehen, betrachten uns aber hinter dieser Anonymität umso neugieriger. Die Männer halten mit ihrem Schwatzen einen Augenblick inne und rufen uns in allen Sprachen, die sie jemals gehört haben, zu: "Halloh, Mister, Monsieur, s'il vous plaît, Deutsche, Allemannos?"

In den ersten Gassen, die mit dickem Gesträuch und Laub überdeckt sind, werden nur Früchte feilgeboten. Alle Erzeugnisse der südlichen Gärten: prächtige Melonen, dicke Weintrauben, frische Datteln, alle Sorten Nüsse und viele bunte Sachen, die wir überhaupt nicht kennen, gibt es zu einem Spottpreise zu kaufen. Betäubend sind die Gerüche dieser Herrlichkeiten, die man leider nicht sofort probieren kann, weil die Typhusgefahr zu gross ist. Dann öffnet sich plötzlich mit grellem Sonnenlicht ein freier Platz, auf dem an grossen Sackstapeln Getreide- und Kartoffelhändler stehen und mit ihren Kunden einen Höllenlärm vollführen. An einem märchenhaften alten maurischen Brunnen drängen sich Frauen und Kinder mit schönen Tonkrügen um die Quelle. Daneben befindet sich eine erschütternde Gruppe: Ueber zehn ausgemergelte, kranke Blinde betteln mit Schüsseln in der Hand um eine Mahlzeit. Ohne Ziel irrt ihr toter Blick ins Weite, und mit lauten Rufen im Takte suchen sie die Aufmerksamkeit der Vorübereilenden auf sich zu ziehen. Auch hier liegen Glanz und Elend dicht beisammen.

Wir kommen jetzt in ein Viertel mit richtigen, niedrigen Häusern. Sie bestehen nur aus einem Stockwerk, und in der ganzen Länge der Gasse liegt ein Laden am andern. Die Frontseite ist vollkommen geöffnet, und inmitten seiner hohen Warenstapel liegt der Händler auf einer Bastmatte, fächelt sich Luft zu und schlürft genüsslich dicken, süssen Minztee. Zufällig sind wir zuerst in die Waffengegend geraten und werden nun bestürmt, einen silbernen Dolch oder ein uraltes Gewehr zu kaufen, das noch nicht ein Zehntel dessen wert ist, was die Gauner dafür verlangen. Aber bald wechselt es von Gasse zu Gasse. Hier wird Wolle gesponnen, und erstaunlich ist es, wieviel Kinder im Alter von sechs bis fünfzehn Jahren dabei mithelfen müssen. Dann kommandieren Stände der Tuchfärber, die klopfen, waschen und kochen und am ganzen Körper mit Farbe beschmiert sind. Schliesslich sitzen sogar die Schneider mit gekreuzten Beinen an offenen Tischen und nähen neue bunte Umhängetücher. Genau so ist es bei allen andern Gewerben. Zuerst streiten sich die Fellhändler mit den Gerbern aus der nächsten Gasse um den Preis, und diese verkaufen ihre Produkte wieder an die Schuster, die in einem besonderen Viertel hausen. In diesen Werkstätten der Souks herrscht noch ein vormittelalterliches Fließshandwerk, bei dem so ziemlich alles mit der Hand gemacht wird. Schmiede arbeiten an kunstvollen Kupferplatten, die man in Europa zu Rauchtischen verwendet, und auf denen man hier den landesüblichen Tee trinkt. Schreiner bauen an Truhen, Krügen und Holzbechern, die mit Sandelholz eingelegt sind. Die in der ganzen Welt berühmten Sattler schaffen das einzigartige Maroquinleder.

Zum Kauf einer Handtasche steigen wir in einen solchen niedrigen Lederwarenladen. Der Händler springt devot mit klappernden Pantoffeln auf und kramt seinen Reichtum hervor, der wirklich einzigartig ist. Das Leder ist wunderbar weich und geschmeidig und mit leuchtenden Farben geschmückt. Der Preis

dafür ist selbstverständlich unverschämt. Beleidigt drehen wir uns um und gehen nach dem nächsten Stande, während uns der Andre zuruft: "Combien?" Das soll heissen: wieviel wollt ihr allenfalls geben? Wir haben ungefähr zwei Stunden wegen der paar Sachen: Tasche, Schreibmappe und Zigarettenhülle, gehandelt. Dem Verkäufer standen die Tränen in den Augen, und er schaute uns an, als hätten wir ihm das Herz herausgerissen, sodass wir fast Gewissensbisse bekamen, ob wir nicht doch zu sehr auf den Preis gedrückt hätten. Doch als wir später einen einheimischen Europäer fragten, erfuhren wir, dass wir immer noch einen Ueberpreis bezahlt hatten.

Mitten in diesem Getriebe summt plötzlich lautes Kindergeplapper an unser Ohr. Und richtig, in einer Kammer sitzen kleine, putzige Araber- und Negerkerlchen dicht aneinander auf dem Boden und sagen die Verse nach, die ihnen der Lehrer vorspricht. Das ist vorläufig noch die ganze Schule, deren Hauptlehrstoff der Koran bildet. Für den Glauben ist auch weiterhin in den Souks gesorgt. Viele kleine Eingänge führen nach prächtigen Moscheen, in die man uns leider nicht hineinlässt. In einer Gasse ist sogar ein Schild angebracht: Für Europäer verboten. Als wir unabsichtlich noch ein Stück weitergehen, werden wir zwar höflich, aber energisch zurückgewiesen. Die Franzosen müssen hier im Innern Marokkos noch weite Zugeständnisse machen und sind in ihrer Kolonialpolitik klug genug, niemanden vor den Kopf zu stossen, um das Land dafür umso besser ausbeuten zu können. Wie lange wird es noch dauern, dann ist das ganze einheimische Handwerk vom billigen Industrieschund Europas verdrängt der jetzt schon in einigen Läden am Rande der alten Souks angeboten wird!

Karl Moeller.

----- Totensonntag. -----

SPD. Es ist Spätherbst geworden. Graue Wolken hängen am Himmel. Gen Süden sind die Vögel gezogen. Der Novemberwind pfeift durch die Bäume. Hier und dort wirbeln die letzten Blätter, welk und müde, zur Erde nieder. Auf Flügeln der Schwärme zieht die herbstliche Melodie des Sterbens durch den Tempel der Natur. Und nicht nur durch die Natur. Nein, auch durchs Menschenleben. Da ich nach dem Krematorium schreite, sehe ich die Esse rauchen. Ein feiner weissblauer Dunst steigt auf und glänzt in der Sonne, die eben die Wolken durchbricht. In mir ist es wie ein Stillhalten der Seele. Dort oben verzittert und verweltet ein Mensch im Sonnenmeer. So wird um uns alle einmal der Herbststurm brausen. So werden wir alle einmal vom Baume des Lebens niederwirbeln aus die welken, müden Blätter zur letzten Ruhe. So werden wir alle einmal verweilen und verglänzen als Staub und Rauch im Sonnenlicht.

Solche Gedanken voller Ernst und Trauer schütter besonders der Totensonntag über uns aus und hüllt uns in einen müden Mantel der Wehmut. Er klagt mit stillem und doch so lautem Leid über die Vergänglichkeit alles Lebendigen: Was ist der Mensch in all seiner Blüte und Schönheit! Was ist der Mensch in all seiner Kraft! Wie ein Blümlein welkt im Winde, so wird er geschwinde dahingerafft. So steht über dem Totensonntag für unser innerstes Empfinden ein düsteres "memento mori!" geschrieben, mit schwarzen Buchstaben, ernst und mahnend: dass wir sterben müssen! Früher oder später, uns allen gilt des Totensonntags dunkle Melodie: Warte nur, bald ruhest du auch!

Doch am Totensonntag stehen unsre Totenvor uns auf. Sie schreiten an uns vorüber mit bleichen Zügen und mit Augen, in denen wir leuchtende Liebe schauen. So stark war zwischen uns und ihnen die Verbundenheit im Leben. Darum möchte uns heute das Herz brechen vor Schmerzen, vor Erinnerungen, die uns überströmen, und über die wir nicht Herr zu werden vermögen. Unsre Väter und Mütter ziehen an uns vorüber, Menschen mit weissem Haar und altersgebeugt,

von denen es befreiend ausströmt: Ueberwunden und vollendet! Aber auch andre kommen gegangen. Unsere Brüder, die dahinsanken im blutigen Schlachtentode. Und Frauen, die mitten aus ihrer Arbeit und aus dem Kreise der Familie gerissen wurden. Auch Kinder schauen uns an wie mit Märchenaugen. Die Blumen, die Vögel, die Menschen huschten an ihnenwie im Traume vorüber. Da mussten sie schon dahin. Warum? Und wohin geht der Mensch, und was ist der Sinn unsres Lebens? Ganz tief erklingt uns des Tages elegische Phantasie und berührt uns mit der Schwermut, die jener Frage eigen ist, aber auch mit der Ehrfurcht, die sich immer dort einstellt, wo der Mensch wie auf eine einsame Warte gestellt wird und das Ganze seines Lebens überschaut: Wohin geht der Mensch, und was ist der Sinn unsres Lebens? Solange es Menschen gibt, haben sie über diesem Rätsel gesonnen und gegrübelt. Es ist, als türme sich vor uns am Grabe eine schwarze Wolkenwand auf. Unsere Augen möchten sie durchbohren, möchten wissen, was dahinter liegt. Tausend durchweinte Nächte werfen mit zerstochnen Händen unsre Sehnsucht hinüber, möchten sinnlos schreien vor Schmerz und Verzweiflung. Aber keine Antwort ertönt aus dem andern Lande jenseits der Grenze, die wir Grab und Tod nennen. Was wird aus uns werden, wenn wir selber diese Grenze überschreiten? Wir tasten von Geheimnis zu Geheimnis. Verschlissen bleibend die Kammern der Zukunft.

So muss der Sinn des Lebens diesseits jener Grenze und in uns selber ruhen. Ein altes Prophetenwort will uns die Augen öffnen: "Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden!" In solcher Gebetsbetrachtung wird der Tod zum Mahner, der uns auffordert, nachzudenken und klug zu werden, d.h. unser Dasein bewusst zu erfassen und ihm einen vernünftigen Inhalt zu geben. Nicht die Zeit vergeht, sondern wir selber vergehen. Aber wehe uns, wenn wir die Stunden des Lebens ungenutzt, unausgefüllt zerrissen lassen und uns dann zuletzt ein Grauen, ein Ekel vor uns selber überkommt! Nur der tätige Mensch ist des Lebens wert und trägt die Kraft der Erlösung in sich. Versöhnt mit dem Schicksal neigt er sich über die Gräber und Urnen der Heimgegangenen. Ihre Asche ruht in Frieden. Aber das Erbe ihres Lebens rollt in seinen Adern, braust in seinem Blute. Schaffend, wirkend lässt er es einströmen in die Zeit und weiterklingen im Kreislauf der Jahre. In solcher Lebenshaltung ehrt er seine Toten, dankt ihnen und hält ihnen die Treue, auch übers Grab hinaus. Die Lebensfackel, die sie ihm reichten, trägt er mit erhobenem Arm ins Land der Zukunft und gestaltet an seinem Teile als Sozialist die neue Gemeinschaft, nach der die tiefste Sehnsucht in der Brust der Menschheit ruft.

In der Trauerhalle des Krematoriums zu Mühlhausen i.Th. lesen wir, in Stein gemeißelt, diese Dichterworte: "Des Todes rührendes Bild steht nicht als Schrecken dem Weisen und nicht als Ende dem Frommen. Jenen drängt es ins Leben zurück und lehret ihn handeln; diesem stärkt er zu künftigem Heil in Trübsal die Hoffnung. Beiden wird zum Leben der Tod."

Es rufen von drüben die Stimmen der Geister, die Stimmen der Meister: versäumt nicht zu üben die Kräfte des Guten! Hier flechten sich Kronen in ewiger Stille, die sollen mit Fülle die Tätigen lohnen. Wir heissen euch hoffen."

Pfarrer Lic. Dr. Paul Piechowski.

Seltsame Totenbräuche.^x

SPD. Trotz neuzeitlicher Einflüsse haben sich bis auf die Gegenwart bei manchen Völkern noch seltsame Totenbräuche erhalten, die auf Jahrhunderte alten Ueberlieferungen beruhen. - Heidnischen Ursprungs ist die in Russland verbreitete Sitte, am Totenfeste, das hier in die warme Jahreszeit fällt, auf den Gräbern Gastmähler zu veranstalten. Zu diesem Zwecke werden Speisen und

von denen es befreiend ausströmt: Ueberwunden und vollendet! Aber auch andre kommen gegangen. Unsere Brüder, die dahinsanken im blutigen Schlachtentode. Und Frauen, die mitten aus ihrer Arbeit und aus dem Kreise der Familie gerissen wurden. Auch Kinder schauen uns an wie mit Märchenaugen. Die Blumen, die Vögel, die Menschen huschten an ihnenwie im Traume vorüber. Da mussten sie schon dahin. Warum? Und wohin geht der Mensch, und was ist der Sinn unsres Lebens? Ganz tief erklingt uns des Tages elegische Phantasie und berührt uns mit der Schwermut, die jener Frage eigen ist, aber auch mit der Ehrfurcht, die sich immer dort einstellt, wo der Mensch wie auf eine einsame Warte gestellt wird und das Ganze seines Lebens überschaut: Wohin geht der Mensch, und was ist der Sinn unsres Lebens? Solange es Menschen gibt, haben sie über diesem Rätsel gesonnen und gegrübelt. Es ist, als türme sich vor uns am Grabe eine schwarze Wolkenwand auf. Unsere Augen möchten sie durchbohren, möchten wissen, was dahinter liegt. Tausend durchweinte Nächte werfen mit zerstochnen Händen unsre Sehnsucht hinüber, möchten sinnlos schreien vor Schmerz und Verzweiflung. Aber keine Antwort ertönt aus dem andern Lande jenseits der Grenze, die wir Grab und Tod nennen. Was wird aus uns werden, wenn wir selber diese Grenze überschreiten? Wir tasten von Geheimnis zu Geheimnis. Verschllossen bleibendie Kammern der Zukunft.

So muss der Sinn des Lebens diesseits jener Grenze und in uns selber ruhen. Ein altes Prophetenwort will uns die Augen öffnen: "Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden!" In solcher Gebetsbetrachtung wird der Tod zum Mahner, der uns auffordert, nachzudenken und klug zu werden, d.h. unser Dasein bewusst zu erfassen und ihm einen vernünftigen Inhalt zu geben. Nicht die Zeit vergeht, sondern wir selber vergehen. Aber wehe uns, wenn wir die Stunden des Lebens ungenutzt, unausgefüllt zerrissen lassen und uns dann zuletzt ein Grauen, ein Ekel vor uns selber überkommt! Nur der tätige Mensch ist des Lebens wert und trägt die Kraft der Erlösung in sich. Versöhnt mit dem Schicksal neigt er sich über die Gräber und Urnen der Heimgegangenen. Ihre Asche ruht in Frieden. Aber das Erbe ihres Lebens rollt in seinen Adern, braust in seinem Blute. Schaffend, wirkend lässt er es einströmen in die Zeit und weiterklingen im Kreislauf der Jahre. In solcher Lebenshaltung ehrt er seine Toten, dankt ihnen und hält ihnen die Treue, auch übers Grab hinaus. Die Lebensfackel, die sie ihm reichten, trägt er mit erhobenem Arm ins Land der Zukunft und gestaltet an seinem Teile als Sozialist die neue Gemeinschaft, nach der die tiefste Sehnsucht in der Brust der Menschheit ruft.

In der Trauerhalle des Krematoriums zu Mühlhausen i.Th. lesen wir, in Stein gemeißelt, diese Dichterworte: "Des Todes rührendes Bild steht nicht als Schrecken dem Weisen und nicht als Ende dem Frommen. Jenen drängt es ins Leben zurück und lehret ihn handeln; diesem stärkt er zu künftigem Heil in Trübsal die Hoffnung. Beiden wird zum Leben der Tod.

Es rufen von drüben die Stimmen der Geister, die Stimmen der Meister: versäumt nicht zu üben die Kräfte des Guten! Hier flechten sich Kronen in ewiger Stille, die sollen mit Fülle die Tätigen lohnen. Wir heissen euch hoffen."

Pfarrer Lic. Dr. Paul Piechowski.

Seltsame Totenbräuche.^x

SPD. Trotz neuzeitlicher Einflüsse haben sich bis auf die Gegenwart bei manchen Völkern noch seltsame Totenbräuche erhalten, die auf Jahrhunderte alten Ueberlieferungen beruhen. - Heidnischen Ursprungs ist die in Russland verbreitete Sitte, am Totenfeste, das hier in die warme Jahreszeit fällt, auf den Gräbern Gastmähler zu veranstalten. Zu diesem Zwecke werden Speisen und

Getränke nach den Friedhöfen gebracht, wo man, wenn es der Platz erlaubt, unmittelbar neben der Gruft Tische und Stühle aufstellt und ein regelrechtes Gelage abhält. Fehlt der nötige Raum, so breitet man ein Tafeltuch direkt über dem Grabhügel aus und stellt die Speisen darauf. Arme Leute begnügen sich mit Brot und Tee, der in dem mitgebrachten, oft recht umfangreichen Samovar, der bekannten russischen Teemaschine, auf dem Friedhofe zubereitet wird. Bei keinem Totenmahl fehlt die Kutja, ein aus Reis, Milch und Honig hergestelltes Gericht, das mit Rosinen in Kreuzform verziert wird. Wohlhabende Leute bringen die auserlesensten Delikatessen mit auf den Friedhof. Dazu trinken sie ausser dem üblichen Tee auch Wodka, und zwar bisweilen in solchen Mengen, dass, ungeachtet der ernsten Umgebung, nicht selten eine recht lustige Stimmung aufkommt.

Aus Angst vor dem Geiste des Verstorbenen, ergreifen viele Völker bis auf den heutigen Tag bei Todesfällen seltsame Abwehrmassnahmen. Um den Geist irrezuführen, schafft man in Irland den Sarg vielfach nicht zur Tür, sondern aus dem Fenster hinaus; man trägt ihn auch wohl, bevor man ihn nach dem Friedhofe bringt, mehrere Male um das Haus herum. Zum gleichen Zwecke verändert man das Aeusserere des Hauses durch Abwaschen oder durch einen neuen Anstrich. Dieser Brauch findet man auch bei wilden Völkerstämmen, wo die Behausung des Verstorbenen, ja, bisweilen sogar das ganze Dorf mit einer andern Farbe angestrichen wird. In Deutschland pflegt man häufig, aus Furcht vor der Wiederkehr des Tote als "Gespenst", bei einem Sterbefalle sofort die Fenster zu schliessen und die Spiegel zu verhängen.

Eine besondere Art, sein Beileid bei einem Todesfall auszudrücken, hat man gegenwärtig noch in dem schweizerischen Städtchen Murten, berühmt durch die Schlacht gegen Karl den Kühnen im Jahre 1476. Am Begräbnistage wird neben der Tür des Trauerhauses auf einem schwarzverhängten Tischchen eine schwarze, mit silbernen Ornamenten verzierte Urne aufgestellt, an der die Polizei eine Karte mit Namen, Geburts- und Sterbedatum der betreffenden Person befestigt. Wer sein Beileid ausdrücken und gleichzeitig seine Teilnahme am Begräbnis anzeigen will, der wirft durch einen Schlitz einen Zettel mit seinem Namen. Um 1 Uhr leert der Totengräber die Urne und überbringt in einem Korb den Inhalt den Hinterbliebenen, wofür er ein Geldgeschenk bekommt. - Stirbt in Murten ein Kind, so haben die Schüler der dortigen Kadettenanstalt die Pflicht, den Sarg nach dem Friedhofe zu befördern. Während vier Kadetten ihn tragen, geht ein fünfter mit einem schwarzen Schemel hinterher, auf den die schwere Last bisweilen abgesetzt wird.

Auf merkwürdige Weise pflegt man in den Provinzen Argentinien (nicht in Buenos Aires) Kinder zu betrauern. Ist der Todesfall eingetreten, so wird die kleine Leiche mit Bändern, Spitzen usw. möglichst fein herausgeputzt und alles mit Blumen geschmückt. Wohlriechende Kerzen in silbernen Leuchtern werden entzündet und Getränke in genügender Menge herbeigeschafft, denn es gilt, ein "lustiges" Fest zu feiern, weil das verstorbene Kind ein "Engel" geworden ist. Abends stellt sich die Verwandtschaft und Bekanntschaft ein, von der Mutter die weissgekleidet neben der Leiche sitzt, mit lächelndem Gesicht empfangen. Nun wird getrunken und getanzt bis zum frühen Morgen. Junge Frauen dürfen sich nicht am Tanze beteiligen; man würde ihre Männer bedauern, wie wenn sie betrogen wären. Bis der letzte Gast das Haus verlassen hat, muss die Mutter eine lächelnde Miene zur Schau tragen; dann erst darf sie sich ihrem Schmerze hingeben.

Recht eigenartige Totenbräuche findet man heute noch bei wilden Völkerstämmen. Wenn bei den Igorroten auf den Philippinen die Teilnehmer an der Totenfeier sich versammelt haben, so bekommen alle Männer eine gehörige Anzahl Hiebe verabreicht, damit sie, ebenso wie die Hinterbliebenen des Toten, von schmerzlichen Gefühlen beseelt sind. - Die Eingeborenen von Liberia tragen als Zeichen der Trauer an den Armen Ringe aus getrocknetem Gras und auf dem Kopfe einen Graskranz.

Ernst Edgar Reimerdes.